



Jahresabschluss 2025 der Deutsche Bank AG

With deep dedication.

Deutsche Bank

Inhalt

1 — Lagebericht

- 2 Zusammengefasster Lagebericht

2 — Jahresabschluss

- 3 Bilanz zum 31. Dezember 2025
- 5 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31.
- 6 Anhang

3 — Bestätigungen

- 66 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 67 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Zusammengefasster Lagebericht

Gemäß § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB wurde der Lagebericht der Deutsche Bank AG mit dem Konzernlagebericht des Deutsche Bank Konzerns zusammengefasst. Der zusammengefasste Lagebericht ist im Geschäftsbericht 2025 des Deutsche Bank Konzern enthalten und wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Geschäftsbericht wird zudem unter <https://www.db.com/ir/de/geschaeftsberichte.htm> zugänglich gemacht.

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite in Mio. €			31.12.2025	31.12.2024
Barreserve				
a)	Kassenbestand		1.132	1.457
b)	Guthaben bei Zentralnotenbanken		70.989	72.018
	darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.911		5.305
			72.121	73.475
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a)	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		665	694
	darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0		0
b)	Wechsel		19	36
			684	731
Forderungen an Kreditinstitute				
a)	Hypothekendarlehen		0	0
b)	Kommunalkredite		409	62
c)	andere Forderungen		178.578	166.307
	darunter: täglich fällig	96.131		71.006
	gegen Beleihung von Wertpapieren	20.891		25.563
Forderungen an Kunden				
a)	Hypothekendarlehen		93.347	97.428
b)	Kommunalkredite		3.732	3.125
c)	andere Forderungen		355.517	345.645
	darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	22.301		23.916
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a)	Geldmarktpapiere			
aa)	von öffentlichen Emittenten	2.384		1.797
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0		0
ab)	von anderen Emittenten	0		0
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0		0
			2.384	1.797
b)	Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba)	von öffentlichen Emittenten	62.808		39.012
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	42.039		17.640
bb)	von anderen Emittenten	41.435		42.641
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	32.796		32.862
			104.243	81.654
c)	Eigene Schuldverschreibungen		0	0
	Nennbetrag	0		0
			106.627	83.450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Handelsbestand			218	282
Beteiligungen			272	241
darunter:	an Kreditinstituten	11		11
	an Finanzdienstleistungsinstituten	109		65
Anteile an verbundenen Unternehmen			32.692	31.683
darunter:	an Kreditinstituten	6.691		5.895
	an Finanzdienstleistungsinstituten	572		503
Treuhandvermögen			3.252	4.302
darunter:	Treuhandkredite	195		254
Immaterielle Anlagewerte				
a)	Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		3.629	3.466
	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		205	152
c)	Geschäfts- oder Firmenwert		194	11
d)	geleistete Anzahlungen		0	0
			4.028	3.629
Sachanlagen			1.653	1.708
Sonstige Vermögensgegenstände			9.197	8.192
Rechnungsabgrenzungsposten				
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		84	99
b)	andere		951	863
			1.035	962
Aktive latente Steuern			4.825	6.121
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			6	5
Summe der Aktiva			1.186.374	1.128.403

Passivseite in Mio. €			31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		518	262
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0	0
c)	andere Verbindlichkeiten		137.854	138.997
			138.372	139.259
	darunter: täglich fällig	78.146		73.553
	gemischt gedeckte			
	Namensschuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG	52		59
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		2.092	1.852
b)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0	90
c)	Spareinlagen			
ca)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	29.090		33.682
cb)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	36.754		33.151
			65.844	66.833
d)	andere Verbindlichkeiten		506.899	470.469
			574.835	539.244
	darunter: täglich fällig	353.043		319.520
	gemischt gedeckte	1.173		1.713
	Namensschuldverschreibungen lt. DSLBÜmwG			
Verbriefte Verbindlichkeiten				
a)	begebene Schuldverschreibungen			
aa)	Hypothekenspfandbriefe	9.165		9.896
ab)	öffentliche Pfandbriefe	0		0
ac)	sonstige Schuldverschreibungen	78.980		79.274
			88.145	89.171
b)	andere verbrieftete Verbindlichkeiten		15.865	11.823
			104.010	100.993
	darunter: Geldmarktpapiere	14.393		10.997
	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	123		42
Handelsbestand			241.033	216.798
Treuhandverbindlichkeiten			3.252	4.302
darunter:	Treuhandkredite	195		254
Sonstige Verbindlichkeiten			43.449	46.376
Rechnungsabgrenzungsposten				
a)	aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		227	298
b)	andere		628	650
			856	948
Rückstellungen				
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.855	1.634
b)	Steuerrückstellungen		727	565
c)	andere Rückstellungen		5.067	5.432
			7.648	7.632
Nachrangige Verbindlichkeiten			9.207	12.852
Genussrechtskapital			20	20
darunter:	vor Ablauf von 2 Jahren fällig		20	0
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals			11.833	12.151
Fonds für allgemeine Bankrisiken			3.190	2.944
davon:	Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	1.723		1.476
Eigenkapital				
a)	gezeichnetes Kapital	4.891		5.106
	abzüglich rechnerischer Wert der eigenen Anteile	20		127
			4.871	4.980
	bedingtes Kapital 0 Mio. € (31.12.2024: 0 Mio. €)			
b)	Kapitalrücklage		21.414	21.136
c)	Gewinnrücklagen			
ca)	gesetzliche Rücklage	13		13
cd)	andere Gewinnrücklagen	18.794		16.498
			18.806	16.510
d)	Bilanzgewinn / Bilanzverlust		3.577	2.258
			48.669	44.884
Summe der Passiva			1.186.374	1.128.403
Eventualverbindlichkeiten				
b)	Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		73.216	69.052
			73.216	69.052
Andere Verpflichtungen				
c)	Unwiderrufliche Kreditzusagen		168.626	175.498
			168.626	175.498

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in Mio. €			2025	2024
Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	36.666			60.733
darunter: negative Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	13			23
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.083			4.124
		41.749		64.857
Zinsaufwendungen		32.633		57.357
darunter: negative Zinsaufwendungen		12		21
			9.116	7.500
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		51		57
b) Beteiligungen		13		7
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.487		1.209
			1.551	1.273
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			738	628
Provisionserträge		10.682		9.646
Provisionsaufwendungen		2.875		2.247
			7.807	7.399
Nettoertrag des Handelsbestands			3.749	4.305
darunter: Ergebnis aus der Zuführung des Sonderpostens gemäß § 340e Absatz 4 HGB		-247		0
Sonstige betriebliche Erträge			6.657	4.810
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.534			5.493
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.299			891
		6.833		6.383
darunter: für Altersversorgung 407 Mio. € (2024: 140 Mio. €)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		8.026		8.476
			14.859	14.859
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.415	1.479
Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.471	6.202
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			709	1.060
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.772	1.581
Aufwendungen aus Verlustübernahme			41	54
Entnahmen aus/Einstellungen (-) in Fonds für allgemeine Bankrisiken			0	0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			7.895	3.842
Außerordentliche Erträge		2		88
Außerordentliche Aufwendungen		10		91
Außerordentliches Ergebnis			-8	-4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.621		860
darunter: latenter Steueraufwand 1,051 Mio. € (2024: latenter Steueraufwand 735 Mio. €)				
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		82		95
			1.703	955
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			6.183	2.883
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			143	575
			6.327	3.458
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in andere Gewinnrücklagen		2.750		1.200
			2.750	1.200
Bilanzgewinn			3.577	2.258

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank AG ist unter der Firma Deutsche Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2025 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute („RechKredV“) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 – Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Zu Handelszwecken gehaltene Forderungen werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bewertet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten oder dem Nominalbetrag ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Sind die Gründe für die Vornahme einer in der Vergangenheit berücksichtigten Wertberichtigung weggefallen, ist die Wertberichtigung aufzulösen (Wertaufholung).

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet. Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Bonitätseinstufungssystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten ausländischen Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Die Bank nutzt das Wahlrecht der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7, für die Ermittlung der Risikovorsorge die Regelungen des IFRS 9 anzuwenden.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Zur Abbildung des latenten Kreditrisikos kommt für die Ermittlung des erwarteten Ausfalls eine parameterbasierte Expected Loss-Berechnung zur Anwendung. Demnach wird der Verlust auf Basis der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlusthöhe (LGD) und dem erwarteten Kreditbetrag bei Ausfall (EAD) ermittelt. Bei letzterem Parameter werden alle risikorelevanten Kreditverhältnisse einbezogen. In die Berechnung der LGD wird eine nach Regionen differenzierte Entwicklung von Sicherheitswerten, insbesondere für Immobilien, einbezogen. Die Abbildung der Risikovorsorge für das bilanzunwirksame Geschäft (Garantien und Kreditzusagen) erfolgt als Rückstellung im Kreditgeschäft. Im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung werden kreditnehmerbezogene Risikofaktoren um makroökonomische Einflüsse (z.B. Wachstumsraten des BIP und die Arbeitslosenquoten in Europa und den USA) ergänzt, um dadurch dem Risikogehalt des Kreditportfolios besser Rechnung zu tragen.

Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate. Diese entspricht dem Teil der während der Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen, der innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet wird. Dabei wird angenommen, dass keine Wertberichtigung aufgrund einer Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt.

Unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 bildet die Bank zusätzlich eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit („Lifetime Expected Credit Loss“) für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird. Dies erfordert die Berechnung des erwarteten Kreditverlusts auf Basis der Lifetime PD, Lifetime LGD und Lifetime EAD, die die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des finanziellen Vermögenswerts darstellen.

Für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die als ausgefallen klassifiziert sind, bildet die Bank eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100% auf Basis der erwarteten erzielbaren Zahlungsströme des Vermögenswerts.

Als Teil des allgemeinen Kontroll- und Steuerungsrahmens des Konzerns bewertet die Deutsche Bank in jedem Berichtszeitraum, ob ein Management Overlay erforderlich ist. Im Rahmen dieser Modellüberwachung wird geprüft, ob es Risiken gibt, die nicht im Modell erfasst sind, wie z. B. eine plötzliche Veränderung des makroökonomischen Umfelds, die Identifizierung von Modellgrenzen oder routinemäßige Modellverbesserungen, die noch nicht vollständig berücksichtigt wurden. Insgesamt stellen die Modellüberwachungsmaßnahmen sicher, dass die Bank zu jedem Berichtszeitpunkt die beste Schätzung der erwarteten Kreditverluste durch das Management verwendet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bilanziert.

Bestimmte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den Wertpapieren werden Zuschreibungen vorgenommen, wenn die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen sind (Wertaufholungsgebot).

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als Handelsaktivität zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag nach den allgemeinen Grundsätzen für die Rechnungslegung von Derivaten getrennt bilanziert. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

Kreditderivate

Kreditderivate, die zu Handelszwecken gehalten beziehungsweise eingegangen werden, werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten“ beschrieben bilanziert.

Sonstige erworbene Kreditderivate, die als Absicherung für eingegangene Kreditrisiken qualifizieren, werden nicht separat bilanziert, sondern bei der Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Handelsaktivitäten

Finanzinstrumente (einschließlich positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) sowie Edelmetalle des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Zusätzlich zu dem Risikoabschlag im Rahmen der Zeitwertbewertung besteht eine faktische Ausschüttungssperre bezüglich der Nettoerträge des Handelsbestands, indem in jedem Jahr ein bestimmter Anteil der Nettoerträge des Handelsbestands dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist.

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Betrag, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern zum Abschlussstichtag ausgetauscht werden könnte, ohne dass es sich um einen Zwangsverkauf oder eine Notabwicklung handelt. Sofern verfügbar, basiert der beizulegende Zeitwert auf beobachtbaren Börsenpreisen und Parametern oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der beizulegende Zeitwert mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen.

Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden Wertanpassungen für Glattstellungskosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken sowie Finanzierungskosten für unbesicherte Handelsderivate berücksichtigt.

Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken von Gewinnen Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Risikoabschlag reduziert, der als Abzugsposten des Handelsbestands auf der Aktivseite berücksichtigt wird. Die Berechnung des Risikoabschlags erfolgt auf der Grundlage des Value-at-Risk, dem eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde liegen.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoverlust des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50%-Grenze überschreitet.

Finanzinstrumente und Edelmetalle des Handelsbestands werden separat auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Handelsbestand ausgewiesen. Grundsätzlich qualifizieren Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren nicht als Finanzinstrumente und können daher nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden.

Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts (abzüglich eines Risikoabschlags beziehungsweise zuzüglich eines Risikozuschlags) aus Handelsinstrumenten werden im Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands erfasst. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derivate des Handelsbestands werden unter bestimmten Voraussetzungen mit durch den Kontrahenten gestellten Barsicherheiten verrechnet. Zur Verrechnung auf Einzelkontrahentenebene qualifizieren Derivate, die unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang (Credit Support Annex, „CSA“) und täglichem Austausch von Barsicherheiten abgeschlossen wurden. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den positiven und negativen Marktwert der Derivate als auch die gezahlte oder erhaltene Sicherheitsleistung.

Bewertungseinheiten

In den Fällen, in denen Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen (Grundgeschäfte) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten (Sicherungsinstrumenten) zusammengefasst werden (Bewertungseinheit), werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nicht angewandt. Bewertungseinheiten werden grundsätzlich in Form von Mikrohedgies gebildet. Zur Beurteilung der prospektiven Wirksamkeit werden statistische Analysen, Regressionsanalysen und die Critical-Term-Match-Methode genutzt. Die Bank wendet grundsätzlich die Einfrierungsmethode an. Dabei werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nicht bilanziert. So unterbleibt die Berücksichtigung negativer Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, zum Beispiel die Vornahme von Abschreibungen, in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen aus dem Sicherungsinstrument (z. B. einem Zinsswap) werden in der Regel saldiert mit den Zinserträgen/-aufwendungen des Grundgeschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Dies führt zu einer Darstellung der Erträge/Aufwendungen unter Berücksichtigung des gesicherten Ergebnisses der Bewertungseinheit in ihrer Gesamtheit.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten werden auch physische und derivative Handelsgeschäfte berücksichtigt.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zum Handelsbestand, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend.

Eine Umgliederung in den Handelsbestand ist ausgeschlossen und eine Umgliederung aus dem Handelsbestand erfolgt nur dann, wenn außergewöhnliche Umstände, insbesondere schwerwiegende Beeinträchtigungen der Handelbarkeit der Finanzinstrumente, zu einer Aufgabe der Handelsabsicht führen. Darüber hinaus können Finanzinstrumente des Handelsbestands nachträglich in eine Bewertungseinheit einbezogen werden.

Eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist.

Die Umwidmung erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung mit dem dann geltenden beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, außerplanmäßige Abschreibungen werden nur für voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorgenommen.

Der beizulegende Zeitwert von verbundenen Unternehmen wird auf Basis eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsmodell zinst die erwarteten freien Cashflows für einen Fünfjahreszeitraum mit einem risikoadjustierten Zinssatz ab. Für die Zeit nach dem Fünfjahreszeitraum wird eine nachhaltige Planentwicklung unterstellt, um die ewige Rente zu ermitteln. Für bestimmte verbundene Unternehmen beinhaltet die Bewertung messbare Synergien.

Sowohl bei den Beteiligungen als auch bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen sowie immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen. Selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 10 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisations-spezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben, die bis zu 10 Jahre beträgt.

Für Goodwill und sonstige immaterielle Anlagewerte werden jährlich sowie wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen Werthaltigkeitsprüfungen durchgeführt. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sind die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen, sind, mit der Ausnahme von Goodwill, Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Ausbuchung von Vermögensgegenständen

Vermögensgegenstände werden grundsätzlich dann ausgebucht, wenn das rechtliche Eigentum übertragen wird.

Keine Ausbuchung erfolgt jedoch, wenn trotz der Übertragung des rechtlichen Eigentums aufgrund besonderer Vereinbarungen im Einzelfall wesentliche Elemente in Bezug auf den übereigneten Vermögensgegenstand beim Veräußerer verbleiben, die bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für die Stellung als Eigentümer (Rechtsinhaber) kennzeichnend sind.

Die im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften verliehenen Wertpapiere bzw. bei Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere werden ausschließlich in der Bilanz des Verleihers bzw. Pensionsgebers ausgewiesen, da diesem das wirtschaftliche Eigentum an den Papieren unverändert zusteht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Begebene Nullkuponanleihen werden unter Anwendung des ursprünglichen Effektivzinses zum Barwert ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die begebenen Instrumente qualifizieren als Verbindlichkeiten und sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Der Zinsaufwand wird auf Basis der erwarteten Zahlungen an die Eigentümer der Instrumente abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt. Pensionsrückstellungen werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes ermittelt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, es sei denn, die jeweilige Restlaufzeit des Pensionsplans ist kürzer.

Die Bank verwendet spezifische Sterblichkeitsannahmen zur Bestimmung der Pensionsverpflichtung für die leistungsdefinierten Pläne in Deutschland. Die Sterblichkeitserwartungen der „Richttafeln Heubeck 2018G“ sind auf die Deutsche Bank spezifischen Sterblichkeitserwartungen für Mitarbeiter und Pensionäre angepasst.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit diesen Schulden verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden (Überdotierung), wird der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten auf der Aktivseite ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (ohne Handelsaktivitäten) handelt, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sofern die Restlaufzeit der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung. Die Bank weist die Effekte aus der Aufzinsung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft im Zinsaufwand und von anderen Rückstellungen im Sonstigen betrieblichen Aufwand aus.

Die Einschätzung, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist, umfasst auch die Würdigung, ob sich am Abschlussstichtag aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch ein Verpflichtungsüberschuss ergibt.

Für die Beurteilung, ob ein Verlust aus allen zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs droht, ist es erforderlich, die aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs am Abschlussstichtag noch zu erwartenden Zinserträge und Zinsaufwendungen, die direkt zuzuordnenden Gebühren und Provisionen sowie die voraussichtlich noch zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (das heißt zu erwartende Refinanzierungskosten, Kreditrisikokosten sowie Verwaltungskosten) einzubeziehen.

Die Ermittlung eines potenziellen Rückstellungsbedarfs orientiert sich an dem internen Management der Zinspositionen des Bankbuchs. Für Zinspositionen des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz angewendet, ergänzt durch eine Analyse der historischen Kostendeckung von Risiko- und Verwaltungskosten durch Zinsüberschüsse für die gegen das Zinsänderungsrisiko abgesicherten Positionen.

Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, so wird eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern beziehungsweise eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Steuerliche Verlustvorträge sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung berücksichtigt.

Erwerb Eigener Aktien

Erwirbt die Deutsche Bank AG eigene Anteile, wird der Nennbetrag beziehungsweise der rechnerische Wert dieser Anteile von dem Posten Gezeichnetes Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Anteile wird erfolgsneutral mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Werden die eigenen Anteile wieder veräußert, entfällt der Abzug in der Vorspalte. Ein den Nennbetrag oder den rechnerischen Wert übersteigender Differenzbetrag aus dem Veräußerungserlös wird bis zur Höhe des mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechneten Betrags in die jeweiligen Rücklagen eingestellt. Ein darüber hinausgehender Differenzbetrag wird in die Kapitalrücklage eingestellt, wohingegen ein beim Verkauf entstehender Verlust die Gewinnrücklagen belastet.

Werden die eigenen Anteile endgültig eingezogen, so transferiert die Bank mit Eintragung im Handelsregister einen Betrag in Höhe des auf die eingezogenen eigenen Anteile entfallenden gezeichneten Kapitals von den anderen Gewinnrücklagen in die Kapitalrücklage gemäß § 237 Abs. 5 AktG.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in den §§ 256a und 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, die Wechselkursänderung ist dauerhaft, sodass außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Die Abgrenzung der Positionen in Fremdwährung, auf die die Vorschriften zur besonderen Deckung nach § 340h HGB angewandt werden, berücksichtigt die internen Verfahren zur Risikosteuerung.

Die Behandlung der Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung richtet sich danach, ob es sich um Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestands, um besonders gedeckte oder nicht besonders gedeckte Geschäfte handelt. Im Falle des Handelsbestands sowie bei Bestehen besonderer Deckung werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst. Gleiches gilt für Fremdwährungsposten ohne besondere Deckung mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Demgegenüber werden bei Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, nur die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung dem Imparitätsprinzip entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt. Die Umrechnungsergebnisse aus der Währungsumrechnung sind im Nettoergebnis des Handelsbestands und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Die Differenz aus der Umrechnung von Bilanzposten zum Kassamittelkurs, während Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu (gewichteten) Durchschnittskursen umgerechnet werden, wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet.

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen ausgewiesen.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche durch die Bank nicht vorbehaltlos widerrufen werden können. Diese werden in die Überwachung der Kreditrisiken einbezogen.

Erläuterungen zur Bilanz

02 – Restlaufzeitengliederung der Forderungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Andere Forderungen an Kreditinstitute ohne täglich fällige Forderungen	82.447	95.363
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	21.850	23.302
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.610	30.042
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.209	25.820
mehr als fünf Jahre	16.778	16.199
Forderungen an Kunden	452.597	446.198
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	171.882	165.279
mehr als drei Monate bis ein Jahr	51.538	52.638
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	113.238	105.846
mehr als fünf Jahre	107.447	116.243
mit unbestimmter Laufzeit	8.492	6.192

03 – Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio. €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75.054	52.220	31.573	31.230
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	127	124	19	15
Beteiligungen	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
Insgesamt	75.181	52.345	31.591	31.244

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 106,6 Mrd. € werden 13,8 Mrd. € in 2026 fällig.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, da eine langfristige Anlageabsicht besteht. Der Buchwert belief sich zum Bilanzstichtag insgesamt auf 60,2 Mrd. € und bezog sich auf Selbst-Verbriefungen sowie auf Treasury-Investitionen in erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen. Dieses Portfolio enthielt Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 32,5 Mrd. €, bei denen die aktuellen Marktwerte insgesamt 1,1 Mrd. € unter den Buchwerten lagen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die als Umlaufvermögen klassifiziert sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Zum 31. Dezember 2025 belief sich das Nettoergebnis dieser Wertpapiere auf 548 Mio. €.

04 – Anteile an Investmentvermögen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Anteile an inländischen und ausländischen Investmentvermögen, deren Anteile zu mehr als 10% gehalten wurden, nach Anlagezielen.

in Mio. €	31.12.2025			
	Buchwert	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung in 2025
Aktienfonds	0	0	0	0
Rentenfonds	0	0	0	0
Mischfonds	108	108	0	0
Insgesamt	108	108	0	0

Die Anteile an den Investmentvermögen wurden im Handelsbestand gehalten. Die Buchwerte entsprachen den Marktwerten der Anteile. Die Möglichkeit der täglichen Rückgabe ist nicht eingeschränkt.

05 – Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 54,1 Mrd. € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensierte Wertpapiere.

06 – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Nachfolgende Tabelle gliedert den Handelsbestand der Aktivseite und Passivseite weiter auf

31.12.25 in Mio. €	Handelsbestand der Aktivseite	in Mio. €	Handelsbestand der Passivseite
Derivative Finanzinstrumente	93.184	Derivative Finanzinstrumente	84.167
Forderungen	106.028	Verbindlichkeiten	156.867
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	107.528		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.472		
Sonstige Vermögensgegenstände	8.794		
Risikoabschlag	175		
Insgesamt	318.181	Insgesamt	241.033

Die grundlegenden Annahmen, die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden verwendet wurden, werden ausführlich in Anhangangabe – 01 „Grundlagen und Methoden“ dargestellt.

Derivate des Handelsbestands, die unter Netting-Rahmenverträgen zusammen mit einem Credit Support Annex, der den täglichen Austausch von Sicherheiten ermöglicht, abgeschlossen wurden, werden in der Bilanz je Deutsche Bank AG externem Kontrahent verrechnet. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung. Dabei wurden positive Zeitwerte in Höhe von 149,7 Mrd. € (2024: 193,3 Mrd. €) mit negativen Zeitwerten in Höhe von 143,6 Mrd. € (2024: 186,5 Mrd. €) von Derivaten des Handelsbestands mit den zugehörigen Forderungen aus gestellten Sicherheitsleistungen von 14,8 Mrd. € (2024: 17,1 Mrd. €) beziehungsweise Verbindlichkeiten von 20,9 Mrd. € (2024: 23,9 Mrd. €) aus erhaltenen Sicherheitsleistungen verrechnet. Die Verrechnung von Derivaten des Handelsbestands mit Barsicherheiten wird in Anhangangabe 01 – „Grundlagen und Methoden“ erläutert.

Die nachfolgende Tabelle gliedert den Nominalbetrag der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten derivativen Finanzinstrumente, welche den Handelsderivaten entsprechen, nach Art und Umfang auf.

in Mio. €	Nominalbetrag	
	31.12.2025	31.12.2024
Außerbörslich gehandelte Produkte	49.555.510	50.397.073
Zinsbezogene Geschäfte	39.251.839	39.564.313
Wechselkursbezogene Geschäfte	8.740.947	9.340.370
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	50.594	46.421
Kreditderivate	1.281.537	1.244.655
Sonstige Geschäfte	230.594	201.314
Börsengehandelte Produkte	3.348.488	3.966.707
Zinsbezogene Geschäfte	3.028.574	3.686.003
Wechselkursbezogene Geschäfte	41.415	43.436
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	214.025	188.983
Sonstige Geschäfte	64.474	48.285
Insgesamt	52.903.998	54.363.780

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Verlässlichkeit zukünftiger Zahlungsströme werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads und der Kreditausfälle beeinflusst.

Methode der Ermittlung und Risikoabschlag

Die Berechnung des Risikoabschlags lehnt sich an das Modell zur Berechnung des regulatorischen Value-at-Risk an, in das die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Handelsbestands eingehen. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden gegebenenfalls verschiedene Wertanpassungen beispielsweise für Liquiditätsrisiken vorgenommen, die in Anhangangabe 01 – „Grundlagen und Methoden“ unter „Handelsaktivitäten“ dargestellt werden.

Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags („VaR-Abschlag“) liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde. Der Beobachtungszeitraum beträgt 261 Handelstage.

Zusätzlich zum regulatorischen VaR-Abschlag wurde der Risikoabschlag um Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko der Bank ergänzt, die nicht von der VaR-Berechnung abgedeckt werden.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 175 Mio. €. Hiervon beliefen sich 233 Mio. € auf Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko und -58 Mio. € sind durch den oben definierten VaR-Abschlag verursacht.

Änderung der festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand

Innerhalb des Geschäftsjahres 2025 wurde keine Änderung der institutsintern festgelegten Kriterien zur Zuordnung zum Handelsbestand vorgenommen.

07 – Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände:

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	6.815	5.395
Forderungen an Kunden	386	435
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.117	1.688
Handelsbestand	3.684	6.536
Insgesamt	14.002	14.053

08 – Derivative Finanzinstrumente

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte: Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte: Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Aktien-/Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes
- Kreditderivate: Credit Default Swaps (CDS), Total Return Swaps (TRS), Credit Linked Notes (CLN)

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle zeigt derivative Finanzinstrumente, die dem Bankbuch zugeordnet sind und daher grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden.

in Mio. €	31.12.2025				
	Nominal- betrag	Buchwert		Marktwert	
		positiv	negativ	positiv	negativ
Außerbörslich gehandelte-Produkte					
Zinsbezogene Geschäfte	1.857.102	6.201	3.825	27.566	18.915
Wechselkursbezogene Geschäfte	11.626	36	50	83	67
Kreditderivate	4.366	2	63	7	63
Sonstige Geschäfte	59	5	11	5	16
Insgesamt	1.873.152	6.244	3.949	27.661	19.060

Soweit nicht als Zinsabgrenzung gebucht, werden die Buchwerte der grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente in den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise in den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert.

09 – Bewertungseinheiten

Die Deutsche Bank AG geht Bewertungseinheiten in Form von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts ein, um sich im Wesentlichen mittels Zinsswaps und Optionen gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Wertpapiere infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Kreditderivate im Bankbuch, die nicht als Kreditsicherheiten qualifizieren, werden gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 1 in Bewertungseinheiten einbezogen.

Zusätzliche Risiken, welche durch in hybride Finanzinstrumente eingebettete Derivate eingegangen werden, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls im Rahmen von einzelgeschäftsbezogenen Absicherungsbeziehungen abgesichert.

Neben den oben beschriebenen Sachverhalten sichert die Bank Warenrisiken (einschließlich Emissionsberechtigungen) mittels einzelgeschäftsbezogener und portfoliobezogener Absicherungsbeziehungen ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Art der in die obigen Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte einschließlich der Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken. Für bilanzierte Vermögensgegenstände und Schulden ist ferner der Buchwert zum Bilanzstichtag angegeben.

in Mio. €	31.12.2025		31.12.2024	
	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos
Abgesicherte Vermögensgegenstände, insgesamt	4.836	28	3.623	-390
Abgesicherte Verbindlichkeiten, insgesamt	101.652	-402	107.037	1.570
	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos
Nicht bilanzierte schwebende Geschäfte	39.988	-42	24.277	53

Die Höhe des abgesicherten Risikos, falls negativ, entspricht dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten seit Eingang der Absicherungsbeziehung, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden. Ist die Höhe des abgesicherten Risikos positiv, so entspricht dies dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden.

Die Deutsche Bank AG schließt ferner Devisentermingeschäfte und -swaps zur Absicherung gegen Währungsrisiken ihrer Filialen aus Dotationskapital und Ergebnisvorträgen ab, welche den Nettovermögenswert der einzelnen Filialen darstellen, der Währungsrisiken unterliegt. Der Buchwert dieser abgesicherten Nettopositionen belief sich auf 24,8 Mrd. €. Die Höhe des abgesicherten Risikos betrug 749 Mio. €. Der endgültige Ausgleich der gegenläufigen Kassakursveränderung findet bei Rückzahlung des Dotationskapitals statt.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument exakt gegenläufig sind, erfolgen sowohl die prospektive Effektivitätsbeurteilung als auch die rückwirkende Ermittlung der Unwirksamkeit der Bewertungseinheit durch Vergleich der Vertragsbedingungen. Ansonsten stehen der Bank statistische Methoden und die Regressionsanalyse zur prospektiven Effektivitätsbeurteilung zur Verfügung. Zur Messung der tatsächlichen Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen stellt die Deutsche Bank AG die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten einander betragsmäßig gegenüber (Dollar-Offset-Methode). Die Sicherungsbeziehungen werden in der Regel über die verbleibende Restlaufzeit des abzusichernden Grundgeschäfts gebildet.

10 – Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	69.237	73.563	0	0
Forderungen an Kunden	47.861	46.514	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	36.247	36.237	57	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.681	32.270	2	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.617	23.494	5	6
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	827	600	0	0

Die vollständige Anteilsbesitzliste der Deutschen Bank AG (inklusive Unternehmen, an denen mindestens 20% der Kapitalanteile gehalten werden, und Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet) ist in der Anhangangabe 35 – „Anteilsbesitz“ ersichtlich.

11 – Treuhandgeschäfte

Treuhandvermögen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	3.061	4.053
Forderungen an Kunden	191	249
Insgesamt	3.252	4.302

Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114	157
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.138	4.145
Insgesamt	3.252	4.302

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich hauptsächlich um Einlagen von Kunden, die in ihrem Namen und auf ihre Rechnung bei Drittbanken platziert wurden. Forderungen an Kunden sind im Wesentlichen Kredite, die von Förderbanken oder Gebietskörperschaften zweckgebunden refinanziert wurden.

12 – Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio. €	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2025	Zugänge/ Umklassifizierung	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024
Immaterielle Anlagewerte	12.738	1.666	7	10.369	1.166	4	4.028	3.629
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	10.531	1.367 ¹	6	8.264	1.104	3	3.629	3.466
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.492	107	1	1.392	54	1	205	152
Geschäfts- oder Firmenwert	715	191	0	712	8	0	194	11
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	4.250	520	125	2.992	249	122	1.653	1.708
Grundstücke und Gebäude	158	0	0	130	1	0	28 ²	29
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.092	392	125	2.862	248	122	1.497	1.417
Anlagen im Bau	0	128	0	0	0	0	128	262
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0	0	0	0
			Veränderungen					
Beteiligungen			32				272	241
Anteile an verbundenen Unternehmen			1.009 ³				32.692	31.683
Geldmarktpapiere			0				0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			20.064				60.201	40.136
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0				0	0
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1. Januar 2025) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt

¹ Zugänge zu selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten und Werten entfallen auf selbsterstellte Software

² Grundstücke und Gebäude wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt

³ Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich um 1,0 Mrd. € auf 32,7 Mrd. € erhöht. Der Anstieg entfiel auf Wertaufholungen (2,0 Mrd. €) sowie Kapitaleinzahlungen (0,6 Mrd. €), denen negative Währungsumrechnungseffekte (1,3 Mrd. €), Abschreibungen (0,3 Mrd. €), Kapitalrückzahlungen (0,1 Mrd. €) sowie die Umklassifizierung eines verbundenen Unternehmens in Beteiligungen (0,1 Mrd. €) gegenüberstanden

13 – Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 9,2 Mrd. € wurden im Wesentlichen Sicherheitsleistungen in Höhe von 2,0 Mrd. €, Steuerforderungen in Höhe von 1,3 Mrd. €, Emissionszertifikate in Höhe von 1,2 Mrd. € sowie Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von 742 Mio. € ausgewiesen.

14 – Aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten gemäß § 250 Absatz 3 HGB in Höhe von 191 Mio. € enthalten.

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB in Höhe von 57 Mio. € enthalten.

15 – Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Dabei werden nicht nur zeitliche Differenzen aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern beziehungsweise Personengesellschaften bestehen, an denen die Deutsche Bank AG als Gesellschafterin beteiligt ist. Zusätzlich sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern steuerliche Verlustvorträge in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung zu berücksichtigen.

Im Dezember 2021 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) globale Regeln zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung im Rahmen des Pillar 2 - Rahmenwerks. Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder die Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank AG als oberste Muttergesellschaft ab 2024. Mit § 274 Abs. 3 HGB n.F. wurde eine obligatorische Ausnahme für die Bilanzierung latenter Steuern eingeführt, die sich aus der Umsetzung der Pillar 2 Modellvorschriften ergeben.

Mit Zustimmung des Bundesrats am 11. Juli 2025 wurde ein neues Steuergesetz verabschiedet („Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“). Ab dem 1. Januar 2028 wird der Körperschaftsteuersatz in Deutschland über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Jahr 2032 schrittweise von derzeit 15% auf 10% gesenkt. Im Geschäftsjahr 2025 wurden die latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Konzerns in Deutschland, die voraussichtlich nach dem 31. Dezember 2027 realisiert werden, neu bewertet, um die künftig niedrigeren Steuersätze zu berücksichtigen. Die Neubewertung der latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten führte zu einem Steueraufwand in Höhe von 221 Mio. €.

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Deutsche Bank AG von aktuell 31,3%. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei deutschen Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes bewertet, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet; dieser beträgt derzeit 15,8%.

Latente Steuern in ausländischen Betriebsstätten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich hauptsächlich zwischen 20% und 33% bewegt.

Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine bilanzierte aktive latente Steuer in Höhe von 4,8 Mrd. €. Maßgeblich hierfür waren neben der „Inlandsbank“ inklusive der hierin abgebildeten latenten Steuer für Organtöchter die Filialen New York und London. Sie beruht im Wesentlichen auf Verlustvorträgen und auf temporären Wertunterschieden, die überwiegend aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden im Zusammenhang mit mitarbeiterbezogenen Verpflichtungen und vorgenommenen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert für Kreditportfolios und das Handelsbuch resultieren.

16 – Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	60.224	65.706
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	19.322	22.291
mehr als drei Monate bis ein Jahr	19.733	23.114
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.441	8.115
mehr als fünf Jahre	13.728	12.186
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	36.754	33.151
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	11.780	11.076
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.519	21.660
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	450	411
mehr als fünf Jahre	5	4
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	155.921	152.884
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	93.579	93.056
mehr als drei Monate bis ein Jahr	46.609	38.969
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.318	14.305
mehr als fünf Jahre	6.414	6.554
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	15.865	11.823
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	2.856	6.117
mehr als drei Monate bis ein Jahr	12.829	5.492
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	181	213
mehr als fünf Jahre	0	0

Von den begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 88,1 Mrd. € werden in 2026 24,9 Mrd. € fällig.

17 – Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen wurden

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.583	12.677
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	107	23
Verbindlichkeiten im Handelsbestand	234	288
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0	101
Eventualverbindlichkeiten	1.432	1.414
Insgesamt	12.356	14.503

18 – Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 43,4 Mrd. € umfassten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllten, in Höhe von 39,0 Mrd. €.

19 – Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Deutsche Bank AG bietet ihren Mitarbeitern Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Folgenden Pensionspläne genannt) an. Dies umfasst sowohl beitragsdefinierte als auch leistungsdefinierte Zusagen.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten dieser Pläne befindet sich in Deutschland. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Der Bewertungsstichtag für alle leistungsdefinierten Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß dem Verfahren der laufenden Einmalprämien bewertet. Diese Bewertung beinhaltet versicherungsmathematische Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Inflationsraten. Die Festsetzung der Diskontierungszinssätze folgt den Regelungen des § 253 Absatz 2 HGB.

Zugrunde gelegte versicherungsmathematische Annahmen	31.12.2025	31.12.2024
Diskontierungszinssatz	1,90%	1,78%
Inflationsrate	2,02%	2,03%
Nominale Gehaltssteigerungsrate	2,20%	2,22%
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,02%	2,03%
	2025	2022
Wahrscheinlichkeiten zur Lebenserwartung/Invalidisierung	Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G	Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G

Die Verpflichtungen aus diesen leistungsdefinierten Versorgungszusagen sind zumeist durch Deckungsvermögen unterlegt. Für überdotierte Verpflichtungen wird in der Bilanz ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Für beitragsdefinierte Pensionszusagen in Deutschland, bei denen die Deutsche Bank AG mit anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV ist, gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers, welche die Pensionsleistungen und deren gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen umfasst.

Darüber hinaus gibt es Rückstellungen für weitere ähnlich langfristige Verpflichtungen, vornehmlich in Deutschland, beispielsweise für Dienstjubiläen oder Vorruhestandsvereinbarungen. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

in Mio. €	31.12.2025	Pensionspläne 31.12.2024
Pensionsverpflichtung	9.616	9.889
Angenommene Pensionsverpflichtung bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinses	9.390	9.784
Durch den Unterschied im Durchschnittszins erfasster Ertrag	0	0
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	7.768	8.260
davon:		
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	7.790	8.659
Summe nicht realisierter Gewinne des Deckungsvermögens	5	4
Überdeckung/ Unterdeckung (-) am Jahresende (Saldo)	-1.848	-1.629
Nettobilanzwert Vermögen/ Rückstellung (-)	-1.848	-1.629
davon:		
bilanziert als Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	6	5
bilanziert als Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.855	1.634

Wie im Vorjahr ergab sich durch die Anwendung der aktualisierten Bewertungsprinzipien gemäß § 253 Absatz 6 HGB ein Bewertungsunterschied durch den im Jahresabschluss verwendeten 10-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz. Zum 31. Dezember 2025 belief sich der Unterschiedsbetrag hieraus auf -227 Mio. € (2024: -105 Mio. €). Da diese Differenz negativ ist, hat sie keinen Einfluss auf die Berechnung der Ausschüttungssperre.

in Mio. €	Pensionspläne	
	2025	2024
Erträge des Planvermögens	-71	158
Zinsaufwand der Pensionsverpflichtung	38	66
Nettozinsertrag/-aufwand (-)	-109	92
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Erträge	1	93
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Aufwendungen	-109	-1

20 – Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Rückstellungen im Kreditgeschäft	292	250
Rückstellungen für drohende Verluste	153	224
Übrige andere Rückstellungen	4.621	4.958
Gesamtbetrag der anderen Rückstellungen	5.067	5.432

Übrige andere Rückstellungen wurden für die folgenden Risiken gebildet:

Personalrückstellungen bilden zusätzliche Komponenten der Mitarbeitervergütung ab. Diese Bestandteile bestehen aus variabler und aufgeschobener Vergütung, aktienbasierter Vergütung, Mitarbeiteransprüchen aus Vorruhestandsregelungen und weiteren Verpflichtungen. Der zurückgestellte Betrag belief sich auf 3,5 Mrd. € zum Jahresende 2025 und 3,1 Mrd. € zum Jahresende 2024.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Die Strategische Transformation der Bank zielt darauf ab, die nachhaltige Rendite für die Aktionäre deutlich zu verbessern; durch Konzentration auf das Kerngeschäft, Senkung der bereinigten Kosten und Unterstützung einer schnelleren Entscheidungsfindung und -ausführung. Die Rückstellungen für diese Aktivitäten betrugen 129 Mio. € zum Jahresende 2025 und 205 Mio. € zum Jahresende 2024.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen Nichterfüllung rechtlicher oder aufsichtsbehördlicher Verantwortlichkeiten, was dazu geführt hat oder führen könnte, dass eine Einschätzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtseinrichtungen, selbstregulierender Organisationen oder sonstiger Aufsichtsbehörden vorgenommen wird. Die Rückstellungen für dieses Risiko beliefen sich auf 131 Mio. € zum Jahresende 2025 und 110 Mio. € zum Jahresende 2024.

Zivilrechtliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund der behaupteten Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten. Für dieses Risiko wurden Rückstellungen von 356 Mio. € zum Jahresende 2025 gebildet und 859 Mio. € zum Jahresende 2024.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für zivilrechtliche und regulatorische Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden. Die Rückstellungen für dieses Risiko betrugen 37 Mio. € zum Jahresende 2025 und 13 Mio. € zum Jahresende 2024. Operationelle Risiken beinhalten Verluste, die durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entstanden.

Weitere Übrige Rückstellungen bestanden in Höhe von 462 Mio. € zum Jahresende 2025 und 645 Mio. € zum Jahresende 2024.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe und Einlagensicherung

Die Bank ist verpflichtet, Beiträge an internationale Abwicklungsbehörden oder Einlagensicherungssysteme wie den Europäischen Abwicklungsfonds (SRF), der vom Single Resolution Board (SRB) verwaltet wird, zu leisten. Ein Teil dieser Beiträge kann in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Irrevocable Payment Commitments (IPCs)) geleistet werden, die mit Barmitteln oder Wertpapiersicherheiten unterlegt sind. Die Bank bleibt der wirtschaftliche Eigentümer der gestellten Sicherheiten.

Die IPCs im Zusammenhang mit der Bankenabgabe gemäß der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD), dem SRF und der Einlagensicherung durch den deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 1,5 Mrd. € (31. Dezember 2024: 1,4 Mrd. €). Davon entfielen 1,0 Mrd. € auf IPCs gegenüber dem SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €) und 0,5 Mrd. € auf den deutschen Einlagensicherungsfonds (31. Dezember 2024: 0,4 Mrd. €).

Zum 31. Dezember 2025 setzten sich die gesamten Sicherheiten aus 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten, die in den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden, und 524 Mio. € an Wertpapiersicherheiten zusammen (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. € bzw. 481 Mio. €). Der komplette Betrag von 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten entfällt auf den SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €).

Die Bank hat die Auswirkungen eines Urteils des Gerichtshofs der EU im November 2025 in Bezug auf die Behandlung von IPCs gegenüber dem SRF in einem Verfahren, in dem die Bank nicht Partei war, analysiert. Es wurde geschlussfolgert, dass die Auswirkungen für den Jahresabschluss in Bezug auf alle Systeme, bei denen IPCs geleistet werden, immateriell sind. Dies basiert auf dem erwarteten Zeitpunkt möglicher Zahlungen (d.h. im Falle einer Rückgabe der Banklizenz oder falls die IPCs abgerufen würden) und unter Anwendung darauf bezogener Abzinsungssätze.

21 – Nachrangige Verbindlichkeiten

Vertraglich nachrangige Verbindlichkeiten werden in Form von festverzinslichen und variabel verzinslichen Wertpapieren, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen begeben und haben Ursprungslaufzeiten von mehrheitlich zwischen zehn und 20 Jahren.

Die Deutsche Bank AG ist in keinem Fall verpflichtet, nachrangige Mittelaufnahmen vorzeitig zurückzuzahlen, wobei in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin möglich ist. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Die Umwandlung dieser Mittel in bilanzielles Eigenkapital oder eine andere Schuldform ist in den Anleihebedingungen nicht vereinbart. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten ab einem Gegenwert von 1,0 Mrd. €

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Fälligkeit ¹
€	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2020	5,625%	19.05.2031
U.S.\$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2021	3,729%	14.01.2032
U.S.\$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2022	3,742%	07.01.2033
€	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2022	4,000%	24.06.2032
U.S.\$	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2023	7,079%	10.02.2034

¹ Fälligkeit der Schuldverschreibungen; die Schuldverschreibungen beinhalten die Möglichkeit außerordentlicher Kündigung in Abhängigkeit der Zustimmung von Aufsichtsbehörden oder von Änderungen in der Steuergesetzgebung

Die Aufwendungen (inklusive Ergebnis aus derivativen Sicherungsinstrumenten) für die gesamten vertraglich nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 9,2 Mrd. € beliefen sich in 2025 auf insgesamt 250 Mio. €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 192 Mio. € sind unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Zusätzlich sind bestimmte Verbindlichkeiten von Gesetzes wegen nachrangig gemäß § 46f Abs. 6 Kreditwesengesetz, sofern ihre Ursprungslaufzeit mindestens ein Jahr beträgt und der Rückzahlungsbetrag oder die Zinszahlungen nicht von einem bei Begebung noch unsicherem Ereignis abhängt. Diese nicht bevorrechtigten Verbindlichkeiten beliefen sich zum Dezember 2025 auf 47,1 Mrd. €.

22 – Genussrechtskapital

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungsmöglichkeit
€	20	Dt. Postbank Namensgenussschein Nr. 032	2007	5,250 %	31.12.2026

23 – Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Per 31. Dezember 2025 belief sich der Bilanzwert der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen („AT1 Anleihen“) auf 11,8 Mrd. € gegenüber 12,2 Mrd. € am Ende des Vorjahres. Der auf die Anleihen entfallende Zinsaufwand für das Jahr 2025 belief sich auf 809 Mio. €. Darin enthalten war per 31. Dezember 2025 abgegrenzter Zinsaufwand von 524 Mio. €, der in den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Die AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabebetrag bis zum nächsten Zinsanpassungstermin fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum nächsten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach zu festgelegten Kündigungsterminen. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur in Gänze und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125% fällt. Die Anleihen können nach Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen wieder zugeschrieben werden.

Am 31. Dezember 2025 ausstehende Zusätzliche Tier-1-Anleihen

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungs-möglichkeit
GBP	650	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,125%	30.04.2026
U.S.\$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	8,130%	30.04.2030
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,625%	30.10.2027
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,500%	30.11.2026
€	750	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	6,750%	30.10.2028
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	10,000%	30.11.2027
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	8,125%	30.10.2029
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	7,375%	30.10.2031
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2025	7,125%	30.10.2030
€	1.000	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2025	6,750%	30.10.2034

24 – Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 486,8 Mrd. €, derjenige der Schulden auf umgerechnet 367,5 Mrd. €.

25 – Eigenkapital

Eigene Aktien

Im Laufe des Jahres 2025 haben die Bank oder mit ihr verbundene Unternehmen keine Deutsche Bank-Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG für Handelszwecke gehalten oder gekauft.

Ferner wurde die Bank durch Beschlüsse der Hauptversammlungen am 22. Mai 2025 (Ermächtigung bis 30. April 2030) sowie am 16. Mai 2024 (Ermächtigung bis 30. April 2029) ermächtigt, Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben sowie gemäß §§ 237, 238 und 239 AktG zurückzukaufen. Die in diesen Beschlüssen gesetzten Schranken (bis zu 10% der Stammaktien) wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Schranken beim Einsatz solcher Derivate wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 7.705.713 Stück (0,4% des Grundkapitals). Zum 31. Dezember 2025 wurden 14.039.169 (Ende 2024: 16.385.675) Deutsche Bank-Aktien, 0,73% des Grundkapitals (Ende 2024: 0,82%) als Sicherheitsleistung von der Bank oder mit ihr verbundenen Unternehmen in Pfand genommen.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Nach dem Einzug von 84.122.616 Stückaktien in 2025 besteht das gezeichnete Kapital aus 1.910.578.977 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Damit ergibt sich ein rechnerischer Nominalwert in Höhe von 2,56 € pro Aktie. Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2025 auf 1.902.873.264 Stück (Ende 2024: 1.945.125.755 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 1.882.201.193 Stück.

in €	Gezeichnetes Kapital ¹	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2024	5.106.436.078,08	2.560.000.000,00	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 16. Mai 2024	-215.353.896,96	0	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2025	0	-2.560.000.000,00	0
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2025	0	2.493.000.000,00	0
Stand 31.12.2025	4.891.082.181,12	2.493.000.000,00	0

¹ Inklusive Nominalwert der Eigenen Aktien

Einzelheiten zu dem genehmigten Kapital sind in den Angaben nach § 315a Absatz 1 HGB im zusammengefassten Lagebericht dargestellt.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio. €

Stand 31.12.2024		44.884
Einzug von Eigenen Anteilen		
– Veränderung im gezeichneten Kapital		-215
– Veränderung in der Kapitalrücklage		214
– Veränderung in der Gewinnrücklage		-1.675
Ausschüttung in 2025		-1.315
Verwendung des Vorjahresbilanzgewinn für Zuführung zur Gewinnrücklage		-800
Gewinnvortrag		-143
Effekte aus der Veränderung Eigener Anteile		
– Veränderung Nominalwert im gezeichneten Kapital	107	
– Veränderung Anschaffungskosten	420	
– Realisierte Gewinne (Nicht-Handel)	65	
– Realisiertes Ergebnis (Handel)	0	
– Realisierte Verluste (Nicht-Handel)	0	592
Zuführung zur Gewinnrücklage gemäß Hauptversammlungsbeschluss		800
Zuführung zur Gewinnrücklage im Rahmen der Gewinnverwendung		2.750
Bilanzgewinn 2025		3.577
Stand 31.12.2025		48.669

Unter Berücksichtigung der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 2,8 Mrd. € belief sich der verbliebene Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2025 auf 3,6 Mrd. €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 1,00 € je Stückaktie zu zahlen, weitere 1,5 Mrd. € den Gewinnrücklagen zuzuführen sowie den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

26 – Außerbilanzielle Transaktionen

Unter dem Bilanzstrich weist die Bank Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen aus, soweit für diese keine Rückstellungen gebildet wurden. Die Entscheidung, ob ein Ausweis der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen außerhalb der Bilanz oder durch Rückstellungsbildung erfolgt, wird nach dem Ergebnis der Einschätzung des Kreditrisikos getroffen. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen werden ferner um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit im Wesentlichen auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Die Bank schätzt vor dem verbindlichen Eingehen ihrer Verpflichtung im Rahmen einer Kreditprüfung des Auftragsgebers sowie gegebenenfalls anhand einer Bewertung der erwarteten Erfüllung der zugrunde liegenden Verpflichtungen durch den jeweiligen Auftraggeber das Verlustrisiko ab, das aus der Inanspruchnahme einer Eventualverbindlichkeit oder von einer unwiderruflichen Kreditzusage resultiert. Darüber hinaus überprüft die Bank während der Laufzeit ihrer Verpflichtungen regelmäßig, ob aus Inanspruchnahmen der Eventualverbindlichkeiten oder der unwiderruflichen Kreditzusagen Verluste zu erwarten sind. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme zu mindern. Die im Rahmen dieser Beurteilungen abgeschätzten Verlustbeträge werden als Rückstellungen erfasst.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2025 in Höhe von 168,6 Mrd. € betrafen 166,3 Mrd. € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält, oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen. Die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Zahlungsströmen und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2025 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Bonitätseinstufungen sowie Dividenden.

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG im Auftrag ihrer Kunden regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. Für diese Haftungsverhältnisse ist der Bank im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen dargestellt. Die Übersicht zeigt die Maximalbeträge der möglichen Inanspruchnahme der Deutschen Bank AG, wenn sämtliche eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten und gleichzeitig sämtliche Rückgriffsmöglichkeiten auf die Auftraggeber nicht erfüllt werden. Die Tabelle bildet insofern nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen oder entstehende Inanspruchnahmen durch Rückgriff auf die Auftraggeber ausgeglichen werden.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Bürgschaften, Garantien	61.802	57.248
Akkreditive	3.667	3.956
Kredithaftungen	7.747	7.848
Insgesamt	73.216	69.052

27 – Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. Die Bank überprüft im Rahmen der Jahresabschlusserstellung, ob Verluste aus sonstigen Verpflichtungen drohen. In solchen Fällen wird eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 3,5 Mrd. € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 4,4 Mrd. € bei Restlaufzeiten von bis zu 23 Jahren.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Per 31. Dezember 2025 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung auf 587 Mio. €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2025 auf 20 Mio. €, davon 15 Mio. € gegenüber einem verbundenen Unternehmen.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 13,9 Mrd. €.

Es bestehen zudem Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 145 Mio. €.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

28 – Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Bundesrepublik Deutschland	28.954	40.029
Europa ohne Deutschland	19.573	26.872
Amerika	9.831	11.428
Afrika/Asien/Australien	6.277	6.560
Insgesamt	64.635	84.890

29 – Zinserträge und Zinsaufwendungen

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalteten 13 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinsaufwendungen auf Ausleihungen. Diese negativen Zinserträge entfielen im Wesentlichen auf Forderungen an Kreditinstitute und Handelsaktiva. Zinsaufwendungen beinhalteten 12 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinserträge aus Verbindlichkeiten, im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

30 – Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

31 – Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 6,7 Mrd. € beinhalteten im Wesentlichen die Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 5,6 Mrd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6,5 Mrd. € beinhalteten im Wesentlichen Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 5,0 Mrd. €.

32 – Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge in Höhe von 2 Mio. € (2024: 88 Mio. €) waren im Wesentlichen auf Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen zurückzuführen.

Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 10 Mio. € (2024: 91 Mio. €) waren im Wesentlichen auf Aufwendungen für Restrukturierungsrückstellungen zurückzuführen.

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergab sich ein außerordentliches Ergebnis von -8 Mio. € (2024: -4 Mio. €).

33 – Steuern

Im Geschäftsjahr 2025 verzeichnete die Bank einen Steueraufwand von 1,7 Mrd. € gegenüber einem Steueraufwand in Höhe von 955 Mio. € im Vorjahr. Der Steueraufwand des laufenden Jahres wurde, wie der Steueraufwand des Vorjahres, überwiegend durch steuerfreie Erträge beeinflusst.

Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank ab 2024, wobei die Deutsche Bank AG die oberste Muttergesellschaft ist. Die Deutsche Bank ist verpflichtet, jährlich die globale Mindeststeuer oder Pillar 2 Ergänzungssteuer für ihre Konzerngesellschaften in nahezu 60 Ländern zu ermitteln. Eine vorübergehende Befreiung von den detaillierten Berechnungen der Pillar 2 Regeln, die für jedes Land separat bestimmt werden, kann jedoch im Rahmen der befristeten Übergangsregelungen gewährt werden. Diese Übergangsregelungen gelten für die Geschäftsjahre 2024-2026 und basieren auf den länderbezogenen Berichten der Bank, welche jährlich bei den deutschen Steuerbehörden einzureichen sind sowie bestimmten anderen Finanzdaten. Es bestehen hinsichtlich der Anwendung der Pillar 2 Regeln noch Unsicherheiten, weitere gesetzgeberische Entwicklungen und Auslegungshilfen werden in vielen Ländern künftig noch zu erwarten sein und die Umsetzungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Die Deutsche Bank AG hat die potenziellen Auswirkungen auf ihre Finanzlage für das Jahr 2025 nach bestem Wissen und Gewissen bewertet und einen mit den Pillar 2 Regelungen verbundenen laufenden Steueraufwand in Höhe von 3 Mio. € erfasst (2024: 3 Mio. €). Bei der Bewertung wurde eine Reihe von qualitativen und quantitativen Faktoren berücksichtigt: (1) Der gemischte gesetzliche Steuersatz der Deutschen Bank AG liegt deutlich über dem Mindeststeuersatz von 15%. (2) Darüber hinaus unterliegt die Bank in nur wenigen Ländern einem gesetzlichen Steuersatz von weniger als 15%. (3) Auf der Grundlage einer Analyse des jüngsten länderbezogenen Berichts wird davon ausgegangen, dass die Bank in den meisten Ländern, in denen sie tätig ist, die zuvor genannten Übergangsregelungen in Anspruch nehmen kann.

34 – Angabe zu ausschüttungsgesperren Beträgen im Sinne der §§ 253 Absatz 6 und 268 Absatz 8 HGB

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bei der Gewinnausschüttung zu beachtenden Beträge nach § 253 Absatz 6 HGB und nach § 268 Absatz 8 HGB. Zum 31. Dezember 2025 decken die frei verfügbaren Rücklagen in Höhe von 18,8 Mrd. € zuzüglich des Bilanzgewinns in Höhe von 3,6 Mrd. € die Summe der ausschüttungsgesperren Beträge. In den einzelnen Positionen sind, falls vorhanden, die passiv gebildeten latenten Steuern berücksichtigt. Deshalb können die Beträge vom Bilanzausweis abweichen.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Aktivierung latenter Steuern	5.329	6.590
Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.125	2.997
Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	0	0
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	5	4
Summe der ausschüttungsgesperren Beträge	8.458	9.590

35 – Anteilsbesitz

- 36 Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden
- 45 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz der Deutschen Bank AG gemäß § 285 Nummer 11 HGB einschließlich der Angaben nach § 285 Nummer 11a HGB. Nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, soweit sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

Fußnoten:

- 1 Ergebnisabführungsvertrag, keine Angabe zum Ergebnis.
- 2 Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres 2024; Zahlen des lokalen Abschlusses für das Geschäftsjahr 2025 liegen noch nicht vor.
- 3 Eigenkapital und Ergebnis des Teilkonzerns. Die folgenden Gesellschaften mit vorangestelltem Strich gehören zum Teilkonzern; ihr Eigenkapital und ihr Ergebnis sind in den Teilkonzernzahlen enthalten.
- 4 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 285 Nummer 11a HGB.
- 5 General Partnership.

Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
1	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
2	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
3	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
4	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
5	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
6	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
7	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
8	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		26,9	300,9	13,2
9	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
10	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
11	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
12	Ansbacher I S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
13	Ansbacher II S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
14	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
15	Baldur Mortgages Limited	London		100,0		
16	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt am Main		30,0		
17	Banks Island General Partner Inc.	Toronto		50,0		
18	Benefit Trust GmbH	Lützen		100,0	6.278,9	19,5
19	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0		
20	Better Payment Germany GmbH	Berlin		100,0		
21	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hamel	1	100,0	1.161,3	0,0
22	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hamel	1	100,0	1.800,6	0,0
23	BHW Holding GmbH	Hamel	1	100,0	727,8	0,0
24	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2		
25	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		100,0		
26	Breaking Wave DB Limited	London		100,0	17,5	-0,7
27	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0		
28	Cardea Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0		
29	Carpathian Investments Designated Activity Company	Dublin		100,0		
30	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		100,0		
31	Cathay Asset Management Company Limited	Ebène		100,0		
32	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Ebène		67,6	44,7	-64,0
33	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,2		
34	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0		
35	City Leasing Limited	London		100,0		
36	Consumo Srl in Liquidazione	Mailand		100,0		
37	D B Investments (GB) Limited	London	2	100,0	574,7	38,8
38	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0		
39	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
40	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0		
41	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
42	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sendirian Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
43	DB Advisors SICAV	Luxemburg		100,0	5.990,8	66,1
44	DB Advisory Services S.A.S.	Bogotá		100,0		
45	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0		
46	DB Asset Finance I S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	6,1	15,9
47	DB Asset Finance II S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	6,1	11,2
48	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	5.667,9	0,0
49	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	530,2	0,0
50	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Madrid		100,0		
51	DB Commodity Financing Limited	London		100,0		
52	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
53	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0		
54	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	0,8	15,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
55	DB Direkt GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
56	DB Finance International GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
57	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0	63,1	16,1
58	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0		
59	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen		100,0	1.787,6	45,8
60	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		100,0	1.469,4	36,0
61	DB Internal Funding Limited	London		100,0	356,6	6,8
62	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0	422,8	12,6
63	DB International Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
64	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0		
65	DB Investment Partners Limited	London		100,0	3,9	-6,9
66	DB Investment Services GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	46,0	0,0
67	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		100,0		
68	DB Management Support GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
69	DB Municipal Holdings LLC	Wilmington		100,0	19,9	20,5
70	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		100,0		
71	DB Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
72	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0		
73	DB Operaciones y Servicios Interactivos, S.L.U.	Madrid		100,0		
74	DB Overseas Holdings Limited	London	2	100,0	68,1	-0,1
75	DB Placement, LLC	Wilmington		100,0		
76	DB Print GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
77	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0		
78	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		33,6		
79	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0		
80	DB Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
81	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0		
82	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0		
83	DB Structured Holdings Luxembourg S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
84	DB Trustee Services Limited	London		100,0		
85	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		100,0		
86	DB UK Bank Limited	London	2	100,0	752,0	21,9
87	DB UK Holdings Limited	London	2	100,0	101,9	37,4
88	DB UK PCAM Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
89	DB USA Corporation (Teilkonzern)	Wilmington	3	100,0	11.329,9	873,9
90	-ABFS I Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
91	-Alex. Brown Financial Services Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
92	-Alex. Brown Investments Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
93	-Argent Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
94	-China Recovery Fund, LLC	Wilmington		85,0		
95	-DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0		
96	-DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0		
97	-DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0		
98	-DB Aster, LLC	Wilmington		100,0		
99	-DB Boracay LLC	Wilmington		100,0		
100	-DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0		
101	-DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0		
102	-DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0		
103	-DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0		
104	-DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0		
105	-DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0		
106	-DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0		
107	-DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0		
108	-DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0		
109	-DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
110	-DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0		
111	-DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0		
112	-DB USA Core Corporation	West Trenton		100,0		
113	-DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0		
114	-DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0		
115	-Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0		
116	-Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
117	-Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Wilmington		100,0		
118	-Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0		
119	-Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0		
120	-Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0		
121	-Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0		
122	-Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0		
123	-Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0		
124	-Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0		
125	-GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0		
126	-German American Capital Corporation	Lutherville-Timonium		100,0		
127	-GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0		
128	-87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0		
129	-MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0		
130	-MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0		
131	-MortgageIT, Inc.	New York		100,0		
132	-New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0		
133	-PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0		
134	-Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0		
135	-Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0		
136	-Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0		
137	-Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0		
138	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0	602,6	33,6
139	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0	46,6	0,7
140	DB VersicherungsManager GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
141	DB Vita S.A.	Luxemburg		84,0	48,6	1,0
142	DBCIBZ1 (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
143	DBOI Global Services (UK) Limited	London	2	100,0	10,4	5,2
144	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0	25,6	-13,2
145	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0		
146	DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		100,0		
147	DBRMSGP1	Georgetown	4, 5	100,0	404,5	18,5
148	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0	-0,9	3,4
149	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
150	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt am Main		100,0	3,0	2,3
151	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0		
152	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0		
153	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
154	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0	303,7	36,4
155	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0	10,4	0,1
156	Deutsche Australia Limited (Teilkonzern)	Sydney	2, 3	100,0	194,8	23,2
157	-Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0		
158	-Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0		
159	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0	49,9	1,9
160	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0	1.233,8	51,2
161	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0	400,0	39,5
162	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0	627,4	7,1
163	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0		
164	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0	155,7	66,2
165	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	10,0	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
166	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		100,0	38,5	-19,8
167	Deutsche Bank Immobilien GmbH	Hamel	1	100,0		
168	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	4.983,3	290,1
169	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0	22,5	-2,2
170	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0	540,1	-42,3
171	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		100,0		
172	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0	419,7	42,1
173	Deutsche Bank S.p.A.	Mailand		99,9	3.233,9	167,0
174	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Madrid		100,0	1.139,9	53,8
175	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0		
176	Deutsche Colombia S.A.S. - en Liquidacion	Bogotá		100,0		
177	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0		
178	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0	43,0	18,5
179	Deutsche Finance No. 2 Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
180	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung i.L.	Düsseldorf		100,0		
181	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0	16,0	1,1
182	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		100,0		
183	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	1	99,8		
184	Deutsche Holdings (Grand Duchy)	Luxemburg		100,0	54,4	0,0
185	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	1.793,6	107,7
186	Deutsche Holdings Limited	London	2	100,0	450,1	21,3
187	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London	2	100,0	175,7	15,5
188	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London	2	100,0	234,3	22,4
189	Deutsche Holdings No. 4 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
190	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf	1	100,0	26,5	0,0
191	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0	100,7	25,5
192	Deutsche India Private Limited	Mumbai		100,0	328,0	122,8
193	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited (in liquidation)	Dublin		100,0		
194	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0	107,7	4,8
195	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0		
196	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0	149,5	69,4
197	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	110,4	0,0
198	Deutsche New Zealand Limited (Teilkonzern)	Auckland	3	100,0	1,0	0,0
199	-Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0		
200	-Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0		
201	-Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0		
202	-Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0		
203	Deutsche Nominees Limited	London		100,0		
204	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Köln	1	100,0	206,6	0,0
205	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schüttlingen		100,0		
206	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0		
207	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0		
208	Deutsche Postbank Funding Trust I	Newark		100,0		
209	Deutsche Postbank Funding Trust III	Newark		100,0		
210	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		100,0		
211	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
212	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
213	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong SAR		100,0	102,8	1,6
214	Deutsche Securities Inc.	Tokio	2	100,0	552,9	13,5
215	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0		
216	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0	54,0	0,8
217	Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company)	Riad		100,0	71,2	-0,6
218	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0	131,9	5,5
219	Deutsche Services (CI) Limited	St. Helier		100,0	191,0	3,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
220	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0		
221	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
222	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		100,0		
223	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0	23,3	3,5
224	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
225	Deutsche Wealth Management S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0	5,8	2,1
226	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0		
227	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Köln		25,1	13,1	0,3
228	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt am Main		78,0		
229	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
230	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	1	100,0		
231	Dolin Holdco SAS	Paris		100,0		
232	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
233	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
234	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
235	Dubonnet Courbevoie SCI	Paris		100,0		
236	Dubonnet Holdco SAS	Paris		100,0		
237	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg	2	98,0	5,4	6,1
238	DWS Alternatives France	Paris		100,0		
239	DWS Alternatives Global Limited	London		100,0	188,6	82,8
240	DWS Alternatives GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	19,5	0,0
241	DWS Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0	13,9	1,0
242	DWS Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	1	98,3	336,4	0,0
243	DWS CH AG	Zürich		100,0	20,6	4,8
244	DWS Consulting Shanghai Limited	Schanghai		100,0		
245	DWS Corporate Management Beijing Limited	Peking		100,0		
246	DWS Distributors, Inc.	Wilmington		100,0	31,8	5,5
247	DWS EREP Lux 1 S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
248	DWS European Real Estate Partners S.C.A. SICAV-RAIF	Luxemburg		99,9		
249	DWS Far Eastern Investments Limited	Taipeh		60,0	11,2	1,4
250	DWS Global Business Services Inc.	Taguig Stadt		99,9		
251	DWS Group GmbH & Co. KGaA	Frankfurt am Main		79,5	7.877,2	496,8
252	DWS Group Services UK Limited	London		100,0	34,4	-4,9
253	DWS Grundbesitz GmbH	Frankfurt am Main	1	99,9	27,7	0,0
254	DWS India Private Limited	Mumbai		100,0	16,4	5,6
255	DWS International GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	86,3	0,0
256	DWS Investment GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	393,6	0,0
257	DWS Investment Management Americas, Inc.	Wilmington		100,0	638,6	11,6
258	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0	514,2	114,3
259	DWS Investments Australia Limited	Sydney		100,0		
260	DWS Investments Hong Kong Limited	Hongkong SAR		100,0	40,3	2,9
261	DWS Investments Japan Limited	Tokio		100,0	21,8	0,0
262	DWS Investments Singapore Limited	Singapur		100,0	417,6	58,1
263	DWS Investments UK Limited	London		100,0	252,3	133,3
264	DWS Management GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
265	DWS Offshore Infrastructure Debt Opportunities Feeder LP	Georgetown		26,3	45,8	4,0
266	DWS Real Estate GmbH	Frankfurt am Main	1	99,9	52,7	0,0
267	DWS Service Company	Wilmington		100,0	4,3	-6,8
268	DWS Trust Company	Concord		100,0	18,0	0,8
269	DWS USA Corporation	Wilmington		100,0	1.362,5	66,4
270	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.L.	Hamburg		65,2		
271	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
272	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf		50,0		
273	Elm (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
274	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		100,0		
275	Erste Frankfurter Hoist GmbH i.L.	Frankfurt am Main		100,0		
276	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		100,0		
277	Evroenergeiaki Anonymi Etaireia	Athen		40,0		
278	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.l.	Mailand		100,0		
279	Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank	Berlin		100,0		
280	Fir (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
281	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		100,0		
282	FSDB Merchant Services GmbH	Frankfurt am Main		49,0		
283	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
284	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		41,2		
285	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6		
286	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,9		
287	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
288	G.O. IB-US Management, L.L.C.	Wilmington		100,0		
289	GAHL Holdings LLC	Wilmington		100,0	4,3	4,3
290	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7	10,2	8,1
291	Global Tokenization Holdings Limited	Dublin		33,3		
292	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		29,5		
293	GLOR Music Production II GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		28,6		
294	Greenheart (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
295	Grundstücksgesellschaft Karlsruhe Kaiserstraße GbR	Troisdorf		40,1		
296	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		62,1		
297	Grundstücksgesellschaft München Synagogenplatz GbR	Troisdorf		26,0		
298	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/ Kirchgassee GbR	Troisdorf		78,7		
299	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai		30,0	1.273,3	168,8
300	HR "Simone" GmbH & Co. KG i.L.	Jork		24,3		
301	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0		
302	Immobilienfonds Büro Center Erfurt am Flughafen Bindersleben III GbR	Troisdorf		20,7		
303	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben I GbR	Troisdorf		90,0		
304	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Grafenberg GbR	Troisdorf		39,0		
305	Immobilienfonds Bürohaus Leipzig Nordost eGbR	München		24,5		
306	Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung GbR	Troisdorf		28,9		
307	Immobilienfonds Köln-Ossendorf II eGbR	Gelsenkirchen		40,3		
308	Ingrid S.à r.l.	Luxemburg		23,8		
309	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
310	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown		49,0		
311	Isaac Newton S.à r.l.	Capellen		98,2	1,0	11,2
312	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
313	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
314	Joint Stock Company Deutsche Bank DBU	Kyjiw		100,0	21,9	5,3
315	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0		
316	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
317	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0	17,0	0,4
318	Kinneil Leasing Company	London		35,0		
319	Konsul Inkasso GmbH	Essen	1	100,0		
320	KVD Singapore Pte. Ltd. (in liquidation - members' voluntary winding up)	Singapur		26,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
321	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0		
322	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0	23,5	2,3
323	LES Essex Crossing Holdings Acquisition LLC	Wilmington		100,0		
324	LES Essex Crossing Investor LLC	Wilmington		100,0		
325	LES Essex Crossing Operating Holdings LLC	Wilmington		50,0		
326	LES Essex Crossing Parent LLC	Wilmington		100,0		
327	London Industrial Leasing Limited	London		100,0		
328	M Cap Finance Mittelstandsfonds III GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main		35,4	37,1	4,1
329	1800 M Chaperone Investor LLC	Wilmington		100,0		
330	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg		39,0		
331	MEF I Manager, S. à r.l.	Munsbach		100,0		
332	MorgenFund GmbH	Frankfurt am Main		30,0	117,9	-19,6
333	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main		100,0		
334	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		100,0		
335	2101 MS Investor LLC	Wilmington		100,0		
336	2101 MS LLC	Wilmington		50,0		
337	2101 MS Parent LLC	Wilmington		100,0		
338	2101 MS Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
339	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg		34,0		
340	MT "KING DANIEL" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		32,8		
341	MT "KING DOUGLAS" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		33,0		
342	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0		
343	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0		
344	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
345	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
346	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
347	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
348	norisbank GmbH	Bonn	1	100,0	433,9	0,0
349	North Coast Wind Energy Corp.	Port Moody		50,0		
350	Numis Corporation Limited	London	2	100,0	69,5	-13,1
351	Numis Europe Limited (in liquidation)	Dublin		100,0		
352	Numis Nominees (Client) Limited	London		100,0		
353	Numis Nominees Limited	London		100,0		
354	Numis Securities Limited	London		100,0		
355	OBP Beneficial Interest Holdings LLC	Wilmington		100,0		
356	OBP Parent Holdings LLC	Wilmington		100,0		
357	OBP Property Holdings LLC	Wilmington		20,6		
358	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
359	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		100,0		
360	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0	423,0	47,1
361	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0		
362	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0		
363	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln		27,7		
364	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0		
365	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
366	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
367	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
368	Palma Topco Limited	St. Helier		22,8		
369	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
370	PB Factoring GmbH	Bonn	1	100,0	92,6	0,0
371	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen	1	100,0	200,4	0,0
372	PEIF II SLP Feeder 2 LP	Edinburgh		100,0		
373	PEIF III SLP Feeder 2, SCSp	Senningerberg		100,0		
374	PEIF IV SLP DWS Feeder 2, SCSp	Senningerberg		100,0		
375	PEIF IV SLP DWS Feeder, SCSp	Senningerberg		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
376	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
377	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
378	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
379	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
380	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
381	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
382	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Makati Stadt		95,0		
383	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0		
384	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
385	Postbank Direkt GmbH	Bonn	1	100,0	15,9	0,0
386	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn	1	100,0	37,1	0,0
387	Postbank Finanzberatung AG	Hamel	1	100,0	44,7	0,0
388	Postbank Leasing GmbH	Bonn	1	100,0		
389	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
390	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
391	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
392	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0		
393	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
394	PT Deutsche Sekuritas Indonesia	Jakarta		99,0		
395	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
396	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
397	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
398	REDUS DTHG, LLC	Wilmington		49,9		
399	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
400	Rongde (Beijing) Asset Management Company Limited	Peking		40,7	60,0	-316,5
401	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
402	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0	231,6	47,1
403	RREEF Core Plus Residential Fund LP	Wilmington		26,9		
404	RREEF DCH, L.L.C.	Wilmington		100,0		
405	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0		
406	RREEF Fund Holding LLC	Wilmington		100,0	119,3	6,8
407	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0	-23,6	7,1
408	RREEF Pan-European Infrastructure Two Lux S.à r.l.	Luxemburg		99,9		
409	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
410	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0	14,6	1,9
411	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
412	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
413	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
414	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
415	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
416	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
417	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		33,2		
418	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
419	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
420	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
421	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
422	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
423	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf		100,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
424	SGI SLP Feeder SCSP	Senningerberg		57,6		
425	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
426	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
427	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
428	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
429	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
430	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
431	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
432	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
433	Somkid Immobiliare S.r.l.	Conegliano		100,0		
434	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
435	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
436	SPV I Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,9		
437	SPV II Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,8		
438	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5		
439	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
440	Starpool Finanz GmbH	Berlin		49,9	5,2	3,4
441	Stelvio Immobiliare S.r.l.	Bozen		100,0		
442	Sunrise Turnaround Partners G.K.	Tokio		100,0		
443	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
444	300 SW Parent LLC	Wilmington		100,0		
445	300 SW Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
446	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH i.L.	Frankfurt am Main		100,0		
447	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		100,0		
448	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
449	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
450	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
451	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0		
452	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
453	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
454	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
455	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0		
456	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
457	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
458	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
459	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0		
460	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
461	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
462	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		99,9		
463	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
464	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
465	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
466	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
467	Volbroker.com Limited	Rochford		22,5	8,6	3,4
468	VÖB-ZVD Processing GmbH	Bonn	1	100,0	41,3	0,0
469	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		100,0	196,0	20,5
470	5353 WHMR LLC	Wilmington		100,0		
471	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
472	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
473	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
474	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
475	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
476	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
477	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt am Main		25,0		
478	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
479	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3	129,1	-8,0
480	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
481	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
482	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
483	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
484	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
485	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
486	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
487	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		25,0		

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
488	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH	Potsdam		8,5		
489	Bürgschaftsbank Hamburg GmbH	Hamburg		8,7		
490	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4		
491	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3		
492	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,1		
493	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6		
494	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7		
495	Latitude Group Holdings Limited	Melbourne		16,5		
496	MTS S.p.A.	Rom		5,0		
497	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0		
498	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0		
499	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		8,0		
500	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,8		

Sonstige Erläuterungen

36 – Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Tochtergesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

D B Investments (GB) Limited, London	Deutsche Holdings (Grand Duchy), Luxemburg
DB International (Asia) Limited, Singapur	Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf
Deutsche Australia Limited, Sydney	
DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa, Mexiko
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Securities Inc., Tokio
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company), Riad
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	norisbank GmbH, Bonn
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Joint Stock Company Deutsche Bank DBU, Kiew
Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau	OOO "Deutsche Bank", Moskau
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	Deutsche Oppenheim Family Office AG, Köln
Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand	PB Factoring GmbH, Bonn
Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf	
Deutsche Bank Trust Company Americas, New York	

37 – Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt. Hierbei handelt es sich um Angaben zu Hypothekendarlehen, die zum 31. Dezember 2025 im Bestand der Deutsche Bank AG waren. Mit Ende des Geschäftsjahres 2025 wurde die Emission von Öffentlichen Pfandbriefen seitens der Deutsche Bank AG eingestellt. Daher wird zu diesen Emissionen nur über das Vorjahr berichtet.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

Angaben zu im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte*

					31.12.2025
in Mio. €	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario ³	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario ³	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen ³
Hypothekendarlehen	13.489,5	13.297,2	12.270,2	14.600,1	12.270,2
Deckungswerte	16.442,2	15.369,8	13.336,7	17.961,6	13.336,7
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	14.999,2	14.077,4	12.219,3	16.453,3	12.219,3
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c) ¹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ²	1.443,0	1.292,4	1.117,5	1.508,4	1.117,5
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Überdeckung	2.952,7	2.072,6	1.066,5	3.361,5	1.066,5
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
gesetzliche Überdeckung	566,7	519,1	465,2	587,9	465,2
vertragliche Überdeckung	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
freiwillige Überdeckung	2.386,0	1.553,5	601,3	2773,6	601,3

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG

² Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG

³ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

					31.12.2024
in Mio. €	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzins- szenario ³	Risikobarwert - Niedrigzins- szenario ³	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungs- veränderungen ³
Hypothekendarlehen	12.938,5	12.947,9	11.762,8	14.411,5	11.762,8
Deckungswerte	15.146,3	14.607,9	12.616,9	17.182,9	12.616,9
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	14.413,3	13.927,7	12.032,3	16.384,0	12.032,3
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c) ¹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ²	733,0	680,3	584,6	798,9	584,6
als % der umlaufenden Pfandbriefe	5,7	5,3	5,0	5,5	5,0
Überdeckung	2.207,8	1.660,0	854,1	2.771,4	854,1
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
gesetzliche Überdeckung	537,9	509,1	451,3	582,4	451,3
vertragliche Überdeckung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
freiwillige Überdeckung	1.669,9	1.150,9	402,8	2.189,0	402,8

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG

¹ Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG

² Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG

³ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

Die Deckungswerte setzen sich aus Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte gesichert sind und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gemäß PfandBG zusammen.

Angaben zu im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio. €	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Öffentliche Pfandbriefe	0	90	95,5	96	0	96
Deckungswerte	0	122	113,9	114	0	114
davon Derivate	0	0	0	0	0	0
Überdeckung	0	32	18,4	18	0	18
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	36	19,3	19	0	17
Gesetzliche Überdeckung	0	4	3,6	4	0	4
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0	0	0
Freiwillige Überdeckung	0	28	14,8	15	0	15

¹ Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 PfandBG und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV dynamischer Ansatz

Laufzeitstruktur (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 PfandBG)

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Hypothekenpfandbriefen

in Mio. €	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	1.526,0	255,0	481,9	577,9
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	625,0	557,0	307,6	346,3
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	621,0	1.506,0	314,0	311,1
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	2.227,0	625,0	377,6	324,2
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.532,0	2.848,0	878,9	768,2
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.240,0	1.532,0	1.366,3	940,7
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.125,0	1.240,0	1.233,3	1.293,3
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.528,0	2.598,0	6.518,6	5.780,3
Laufzeit mehr als 10 Jahre	2.065,5	1.777,5	4.964,0	4.804,4
Insgesamt	13.489,5	12.938,5	16.442,2	15.146,4

Laufzeitstruktur der im Umlauf öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

in Mio. €	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0	0,0	10,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	58,5	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0,0	8,5	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	0,0	55,0	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	122,0	0,0	90,0

Laufzeitstruktur mit Fälligkeitsverschiebung von 12 Monaten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 PfandBG)

Angaben zu Hypothekendarlehen

in Mio. €	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	1.526,0	255,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	625,0	557,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.848,0	2.131,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.532,0	2.848,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.240,0	1.532,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	3.543,0	3.682,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	2.175,5	1.933,5
Insgesamt	13.489,5	12.938,5

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

in Mio. €	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	0,0	10,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0,0	0,0
Insgesamt	0,0	90,0

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 sowie zum 31. Dezember 2024 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 15,0 Mrd. € (2024: 14,4 Mrd. €) enthaltenen einzelnen Deckungswerte mit einem Nominalwert von weniger als 0,3 Mio. € beliefen sich auf 12,1 Mrd. € (2024: 11,5 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 0,3 Mio. € und 1 Mio. € beliefen sich auf 2,3 Mrd. € (2024: 2,3 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 1 Mio. € und 10 Mio. € beliefen sich auf 532 Mio. € (2024: 604 Mio. €) und die mit einem Nominalwert von mehr als 10 Mio. € auf 0 Mio. € (2024: 0 Mio. €).

Weitere Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Ländern/Registrierstaaten (§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9, 11 und 12 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine weiteren Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe.

Zur Deckung für Hypothekendarfandbriefe verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliebigen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

Hypothekendarfandbriefe

31.12.2025	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
in Mio. €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
Bundesrepublik Deutschland	3.575	8.555	2.149	0	14.279	368	110	113	129	720	0	14.999
Insgesamt	3.575	8.555	2.149	0	14.279	368	110	113	129	720	0	14.999

31.12.2024	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
in Mio. €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	Insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt	Bauplätze	Insgesamt
Bundesrepublik Deutschland	3.170	8.088	2.280	0	13.537	459	132	126	160	876	0	14.413
Insgesamt	3.170	8.088	2.280	0	13.537	459	132	126	160	876	0	14.413

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarforderungen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendet wurden.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarforderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG)

Zum Jahresende 2025 sowie 2024 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. In den Geschäftsjahren 2025 und 2024 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen für zur Deckung herangezogene Forderungen verzeichnet.

Kennzahlen zur Liquidität (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 PfandBG)

Hypothekendarfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG ¹	-1.289.267.007	-218.073.437
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	1.443.000.000	733.000.000

¹ Die größte negative Summe ergibt sich für 2025 am 30.01.2025 (2024: am 29.04.2024)

Öffentliche Pfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG ¹	0	-11.950.750
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	0	8.500.000

¹ Die größte negative Summe ergibt sich für 2025 am 14.04.2025 (2024: am 12.04.2024)

Zinsstruktur (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)

Angaben zu Hypothekendarfandbriefen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Festverzinsliche Hypothekendarfandbriefe	11.260	11.459
Als % der umlaufenden Pfandbriefe	83	89
Festverzinsliche Deckungswerte	16.386	15.067
Als % der Deckungswerte	100	99

Nettobarwert je Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine Währungspositionen, die zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendet wurden.

Kennzahlen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 28 Abs. 2 Nr. 4, § 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Durchschnittlicher, anhand des Beleihungswertes gewichteter Beleihungsauslauf (in %) ¹	54	54
Volumengewichteter Durchschnitt der seit der Hypothekendarfandbriefvergabe verstrichenen Laufzeit in Jahren ²	6	6
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 (1) überschreiten (Länder ohne Befriedigungsvorrecht) ³	0	0
Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 überschreiten ³	0	0

¹ Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 PfandBG

² Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 PfandBG

³ Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen (Nennwert) (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
bis einschließlich 10 Mio. €	0,0	0,0
mehr als 10 Mio. € bis zu 100 Mio. €	0,0	113,5
mehr als 100 Mio. €	0,0	0,0
Summe	0,0	113,5

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat) (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2025		31.12.2024	
	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet
Deutschland				
Staat	0,0	0,0	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Deutschland	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande				
Staat	0,0	0,0	113,5	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Niederlande	0,0	0,0	113,5	0,0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0,0	0,0	0,0	0,0
Teilsomme geschuldet / gewährleistet	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	0,0	0,0	113,5	0,0

Kennzahlen zu umlaufenden Öffentlichen Pfandbriefen und den dafür verwendeten Deckungswerten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 und 14 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zinsstruktur		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (in %)	0,00	100,00
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (in %)	0,00	100,00
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio €	0,00	0,00

38 – Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2025 waren der Deutschen Bank folgende Aktionäre, die gemäß § 33 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3% halten, bekannt:

BlackRock, Inc., Wilmington, DE, meldete am 2. Oktober 2025 einen Bestand von 7,23% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der BlackRock, Inc., Wilmington, DE, erhalten.

The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, meldete am 22. August 2025 einen Bestand von 4,94% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, erhalten.

Paramount Services Holdings Ltd. S.À.R.L., British Virgin Islands, meldete am 25. Januar 2023 einen Bestand von 4,54% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Paramount Services Holdings Ltd. S.À.R.L., British Virgin Islands, erhalten.

Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, meldete am 20. August 2015 einen Bestand von 3,05% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, erhalten.

Amundi S.A., Paris, Frankreich, meldete am 23. Dezember 2025 einen Bestand von 3,00% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Amundi S.A., Paris, Frankreich, erhalten.

39 – Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Die folgenden Tabellen zeigen ausgewählte Vergütungselemente an Vorstände und deren Hinterbliebene.

Gewährung von Aktienrechten	2025	2024
Relevanter Aktienpreis	30,53	20,01
Gewährte/ pro forma in Aussicht gestellte Aktienrechte	1.116.294	1.683.651
davon Equity-Upfront Awards	278.066	392.848
davon Restricted Equity Awards	59.785	9.385
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienrechte	778.442 ¹	1.281.418 ²
Gegenwert der gewährten/ pro forma in Aussicht gestellten Aktienrechte	34.080.444	33.691.540
davon Equity-Upfront Award	8.489.361	7.861.281
davon Restricted Equity Awards	1.825.250	187.804
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienrechte	23.765.833 ¹	25.642.455 ²

¹ Pro forma in Aussicht gestellte Aktienrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2025 – 2027 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2028 gewährt

² Pro forma in Aussicht gestellte Aktienrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2024 – 2026 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2027 gewährt

in €	2025	2024
Vorstandsvergütung insgesamt	56.173.105	50.394.830
Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	100.496.514	35.841.194
Pensionsrückstellung für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	158.390.174	162.536.491

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 14 der Satzung der Deutsche Bank AG geregelt und wurde zuletzt von der Hauptversammlung am 17. Mai 2023 angepasst und beschlossen. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats in 2025 betrug 7.712.500 € (2024: 7.775.000 €). Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen.

Am 31. Dezember 2025 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 57.873 € (2024: 52.119 €) und für Aufsichtsratsmitglieder auf 1.410.092 € (2024: 1.256.722 €). Im Geschäftsjahr 2025 sind Tilgungen von den Mitgliedern des Vorstands in Höhe von 3.201 € (2024: 0 €) und von den Mitgliedern des Aufsichtsrats in Höhe von 179.384 € (2024: 67.238 €) erfolgt. Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgen zu Marktkonditionen und -bedingungen oder werden gegebenenfalls nach Maßgabe der allgemein für Mitarbeiter der Bank geltenden Programme gewährt oder durchgeführt.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 55 bis 56 aufgeführt.

40 – Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 36.320 (2024: 36.815), davon 15.726 Mitarbeiterinnen (2024: 15.866). Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 13.219 (2024: 13.309) Mitarbeiter tätig.

41 – Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG haben im Oktober 2025 die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Kodex abgegeben und auf der Homepage der Deutsche Bank AG (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) dauerhaft zugänglich gemacht.

42 – Zusätzlich erbrachte Leistungen des Abschlussprüfers

Die Deutsche Bank AG hat bestimmte prüfungsnahe Dienstleistungen vom Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG, der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („EY“), erhalten.

Die Prüfungshonorare beinhalten Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Einzelabschlussprüfung und Konzernabschlussprüfung der Deutschen Bank AG und beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die DWS und deren konsolidierte Gesellschaften, die nicht von EY geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthalten Honorare für gesetzlich oder durch Rechtsverordnung geforderte andere Bestätigungsleistungen, insbesondere für Gutachten für bestimmte Finanzdienstleistungen, für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen, für Verschmelzungsprüfungen und für Spaltungsprüfungen, sowie Honorare für freiwillige Bestätigungsleistungen, wie freiwillige Prüfungen für interne Managementzwecke und die Erteilung von Comfort Letter.

Informationen über an den Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG bezahlte Honorare sind im Konzernabschluss dargestellt.

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank hatten.

Organe

Vorstand

Im Geschäftsjahr 2025 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Christian Sewing
Vorstandsvorsitzender

James von Moltke
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Fabrizio Campelli

Marcus Chromik
(seit 1. Mai 2025)

Bernd Leukert

Alexander von zur Mühlen

Laura Padovani

Claudio de Sanctis

Rebecca Short

Stefan Simon
(bis 30. April 2025)

Olivier Vigneron
(bis 19. Mai 2025)

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2025 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Mitglieder an.
Darüber hinaus ist bei den Aufsichtsratsmitgliedern der Wohnort angegeben.

Alexander Wynaendts

– Vorsitzender

Den Haag

Niederlande

Frank Schulze*

– Stellvertretender Vorsitzender

Hanau

Deutschland

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

– Stellvertretender Vorsitzender

Osnabrück

Deutschland

Susanne Bleidt*

Bell

Deutschland

Dr. Klaus Moosmayer

seit 22. Mai 2025

Müllheim

Deutschland

Kirsty Roth

seit 22. Mai 2025

Wollerau

Schweiz

Gerlinde M. Siebert*

Frankfurt am Main

Deutschland

Yngve Slyngstad

Oslo

Norwegen

Mayree Clark

New Canaan

USA

Stephan Szukalski*

Ober-Mörlen

Deutschland

Jan Duschek*

Berlin

Deutschland

John Alexander Thain

Rye

USA

Manja Eifert*

Berlin

Deutschland

Jürgen Tögel*

Horgau

Deutschland

Claudia Fieber*

Berlin

Deutschland

Michele Trogni

Riverside

USA

Sigmar Gabriel

Goslar

Deutschland

Dr. Dagmar Valcárcel

bis 22. Mai 2025

Madrid

Spanien

Florian Haggemiller*

Kempten (Allgäu)

Deutschland

Dr. Theodor Weimer

bis 22. Mai 2025

Wiesbaden

Deutschland

Timo Heider*

Emmerthal

Deutschland

Frank Witter

Braunschweig

Deutschland

*Arbeitnehmersvertreter

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender

Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Nominierungsausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender

Mayree Clark, Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Prüfungsausschuss

Frank Witter, Vorsitzender

Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Claudia Fieber*, Sigmar Gabriel (seit 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Gerlinde M. Siebert* (bis 24. Oktober 2025), Stephan Szukalski* (seit 24. Oktober 2025), Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025), Dr. Theodor Weimer (bis 22. Mai 2025), Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Risikoausschuss

Mayree Clark, Vorsitzende

Jan Duscheck*, Claudia Fieber (seit 24. Oktober 2025), Timo Heider (seit 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Gerlinde M. Siebert* (bis 24. Oktober 2025), Stephan Szukalski*, Michele Trogni, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Alexander Wynaendts

Vergütungskontrollausschuss

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Vorsitzender

Jan Duscheck*, Timo Heider* (bis 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Frank Schulze (seit 22. Mai 2025), Jürgen Tögel*, Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Strategie- und Nachhaltigkeitsausschuss

John Alexander Thain, Vorsitzender

Mayree Clark, Claudia Fieber* (bis 24. Oktober 2025), Florian Haggenmiller*, Frank Schulze*, Gerlinde M. Siebert* (seit 24. Oktober 2025), Yngve Slyngstad (seit 22. Mai 2025), Jürgen Tögel*, Michele Trogni (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Technologie, Daten und Innovationsausschuss

Michele Trogni, Vorsitzende

Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Florian Haggenmiller*, Kirsty Roth (seit 22. Mai 2025), Yngve Slyngstad (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Vermittlungsausschuss

Alexander Wynaendts, Vorsitzender

Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Regulatory Oversight Ausschuss (bis 22. Mai 2025)

Dr. Dagmar Valcárcel, Vorsitzende

Jan Duscheck*, Sigmar Gabriel, Timo Heider*, Stephan Szukalski*, Alexander Wynaendts

*Arbeitnehmervertreter

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Stand: Februar 2026

Bei früher ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Alexander Wynaendts	Vorsitzender des Aufsichtsrats, Deutsche Bank AG	Externe Mandate	
		Air France-KLM Group S.A. Puissance Holding B.V.	Member of the Board of Directors Non-Executive Director, Chairman (bis 27. November 2025), Non-Executive Board Member (seit 28. November 2025)
		Uber Payments B.V. Uber Technologies, Inc.	Non-Executive Director, Chairman Member of the Board of Directors
		Externe Mandate	
Susanne Bleidt	Betriebsratsmitglied	Postbeamtenkrankenkasse	Mitglied des Verwaltungsrats
		Konzerninterne Mandate	
		Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Mayree Clark	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Ally Financial, Inc.	Member of the Board of Directors
		Allvue Systems Holdings, Inc.	Member of the Board of Directors (bis 1. August 2025)
Jan Duscheck	Bundesfachgruppenleiter Bankgewerbe, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		NÜRNBERGER Beteiligungs-AG	Mitglied des Aufsichtsrats (seit 4. März 2025)
Manja Eifert	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudia Fieber	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Sigmar Gabriel	Bundesminister a. D.	Externe Mandate	
		Heristo AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Rheinmetall AG	Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Mai 2025)
		Siemens Energy AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Siemens Energy Management GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Florian Haggenmiller	Leiter der Bundesfachgruppe Informations- und Kommunikations- technologie (IKT), Vereinte Dienst- leistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		IBM Deutschland GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		IBM Central Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Timo Heider	Betriebsratsmitglied	Konzerninterne Mandate	
		BHW Bausparkasse AG	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Kirsty Roth (seit 22. Mai 2025)	Chief Operations and Technology Officer, Thomson Reuters Corporation	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Frank Schulze	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Gerlinde M. Siebert	Global Head of Governance, Deutsche Bank AG	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Yngve Slyngstad	Chief Executive Officer, Aker Asset Management AS (bis 30. Juni 2025); Chief Executive Officer ICP Asset Management AS (seit 1. Juni 2025)	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Stephan Szukalski	Bundesvorsitzender, Deutscher Bankangestellten-Verband e.V. (DBV) – Gewerkschaft der Finanzdienstleister	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
John Alexander Thain	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Aperture Investors LLC	Member of the Board of Directors
		Pine Island Capital Partners LLC	Chairman (bis 1. Juli 2025)
		Pine Island New Energy Partners	Chairman (seit 1. Juli 2025)
		Uber Technologies, Inc.	Member of the Board of Directors
Jürgen Tögel	Betriebsratsmitglied	Externe Mandate	
		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		BKK Deutsche Bank AG	Mitglied des Verwaltungsrats
Michele Trogni	Chief Executive Officer, Zinnia Corporate Holdings, LLC (bis 31. Dezember 2025); Senior Advisor, Zinnia Corporate Holdings, LCC und Eldridge Industries, LCC (seit 1. Januar 2026)	Externe Mandate	
		Everly Life, LLC	Mitglied des Non-Executive Boards
		Zinnia Corporate Holdings, LLC	CEO und Chairperson of the Board of Directors (bis 31. Dezember 2025)
Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		amedes Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		Antin Infrastructure Partners S.A.	Member of the Board of Directors
Dr. Theodor Weimer (bis 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Knorr Bremse AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats			
Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Professor Dr. Norbert Winkeljohann	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Selbständiger Unternehmensberater, Norbert Winkeljohann Advisory & Investments	Externe Mandate	
		Bayer AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Bohnenkamp AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Georgsmarienhütte Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats (bis 17. September 2025)
		Sievert SE	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Frank Witter	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		CGI Inc.	Member of the Board of Directors (bis 28. Januar 2026)
		Traton SE	Mitglied des Aufsichtsrats

Vorstand

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB sind mit * gekennzeichnet.

Stand: Februar 2026

Bei früher ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Vorstands			
Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandate
Christian Sewing	Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
James von Moltke	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Raja Akram (seit 1. Januar 2026)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Fabrizio Campelli	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Dr. Marcus Chromik (seit 1. Mai 2025)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Bernd Leukert	Mitglied des Vorstands	Bertelsmann SE & Co.KGaA*	Mitglied des Aufsichtsrats
Alexander von zur Mühlen	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Laura Padovani	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudio de Sanctis	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Rebecca Short	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Professor Dr. Stefan Simon (bis 30. April 2025)	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		Leop. Krawinkel GmbH & Co. KG	Vorsitzender des Beirats
		The Clearing House Payments Company LLC	Member of the Supervisory Board
Olivier Vigneron (bis 19. Mai 2025)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandate nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland.
Stand: 31. Dezember 2025.

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Martin Ball	Konzerninterne Mandate	
	DWS Grundbesitz GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	norisbank GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Ina Bandemer	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Manuel Beermann	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Christian Berendes	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Non-Executive Director
Chris Bezuidenhout	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Rüdiger Bronn	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Thomas Buschmann	Externe Mandate	
	Carl Später GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Volker Büttner	Konzerninterne Mandate	
	norisbank GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Isaure De-Vaumas	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Dr. Michael Diederich	Externe Mandate	
	Allianz Lebensversicherungs-AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	EHRMANN SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	RAISIN SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	TÜV Süd AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Harald Eisenach	Externe Mandate	
	KOSTAL Industry Holding SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	KOSTAL Mobility Holding SE	Mitglied des Aufsichtsrats
Tanja Engelbrecht	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Sameen Farooqui	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
David Feldmann	Externe Mandate	
	Eurex Clearing AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Klaus Friedrich	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jan-Philipp Gillmann	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Member of the Supervisory Board
Ramesh Gopal	Konzerninterne Mandate	
	OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Carola Günther	Externe Mandate	
	BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Matthias Hauser	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Sandra Heinrich	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Dominik Hennen	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
	Postbank Filialvertrieb AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Postbank Finanzberatung AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Externe Mandate	
Britta Hercher	Bankpower GmbH Personaldienstleistungen	Mitglied des Aufsichtsrats
Jennifer Hörl	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Marissa Horvatin	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Borislav Ivanov	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
	OOO „Deutsche Bank“	Member of the Supervisory Board
Salah Jaidah	Externe Mandate	
	Al Mahar Holding	Non-Executive Board Member
	TechnoQ	Non-Executive Director
Atul Jain	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Anke Kirn	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Kerem Kozan	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Jana Kubach	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Direkt GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Achim Kuhn	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Jörg Landsch	Externe Mandate	
	Symphony Communication Services LLC	Non-Executive Director
Jan-Michael Lange	Externe Mandate	
	Stadtwerke Solingen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Ralf Leiber	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Anna Lucarelli	Externe Mandate	
	MTS Spa Mercato Telematico dei Titoli di Stato	Non-Executive Director
Paul Maley	Externe Mandate	
	The Clearing House Payments Company LLC	Member of the Supervisory Board
Chandra Mallika	Konzerninterne Mandate	
	DB International (Asia) Limited	Member of the Board of Directors
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Ole Matthiessen	Externe Mandate	
	S.W.I.F.T. SC	Member of the Board of Directors
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank (China) Co., Ltd	Member of the Board of Directors
Christian Nolting	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Non-Executive Director
Patrick O-Connell	Konzerninterne Mandate	
	DB International (Asia) Limited	Member of the Board of Directors
Kirsten Oppenländer	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Dr. Gerald Podobnik	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
	Numis Corporation Limited	Non-Executive Director
	Numis Securities Limited	Non-Executive Director
Beaux Pontak	Externe Mandate	
	Latitude Group Holdings Limited	Member of the Board of Directors
Barbara Roerig	Externe Mandate	
	Theater + Philharmonie Essen GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Karsten Rusch	Externe Mandate	
	Postbank SICAV	Mitglied des Verwaltungsrats
Florian Schauer	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Frank Scherlich	Konzerninterne Mandate	
	norisbank GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Andrea Schriber	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Kaushik Shaparia	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Marcin Siuda	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jaishankar Srinivasan	Konzerninterne Mandate	
	DWS Investments Singapore Limited	Member of the Board of Directors
Thomas Stahl	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Angela Stein	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Volker Steuer	Externe Mandate	
	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Dr. Meike Webler	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Daniela Weeth	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Jan Dirk Wiede	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Juliane Zimbehl	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats

Frankfurt am Main, den 5. März 2026

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Christian Sewing



James von Moltke



Raja Akram



Fabrizio Campelli



Marcus Chromik



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutsche Bank AG, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Deutsche Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutsche Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2026



Christian Sewing



James von Moltke



Raja Akram



Fabrizio Campelli



Marcus Chromik



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (die, einschließlich ihrer unselbständigen Niederlassungen, den Konzern, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, umfasst), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 geprüft. Den im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem sowie die auf der im Lagebericht angegebenen Internetseite veröffentlichte zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f und 315d HGB, die Bestandteil des Lageberichts ist, und den Inhalt der nichtfinanziellen Erklärung nach §§ 289b und 315d HGB im Abschnitt "Nachhaltigkeitserklärung" des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Wir geben kein Prüfungsurteil zu dem oben genannten im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem und zu dem Inhalt der oben genannten zusammengefassten Erklärung zur Unternehmensführung und der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung ab.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und dem International Code of Ethics for Professional Accountants (including International Independence Standards) des International Ethics Standards Board for Accountants (IESBA Code), wie er bei Abschlussprüfungen von Einheiten von öffentlichem Interesse einschlägig ist. Wir haben auch unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen und dem IESBA Code erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Das Management verwendet Bewertungsverfahren zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern. Zum 31. Dezember 2025 wies die Bank Handelsaktiva in Höhe von EUR 318,2 Mrd. und Handelspassiva in Höhe von EUR 241,0 Mrd. aus. In diesen sind auch Finanzinstrumente enthalten, deren Bewertung auf nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Parametern basiert.

Zu den betreffenden Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern zählen strukturierte Derivate, die anhand komplexer Modelle bewertet werden, komplexere oder illiquide OTC-Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Kredite, für die Ermittlung von Bewertungsanpassungen verwendete Credit Spreads sowie weitere wesentliche Eingangsparameter, die sich bei Finanzinstrumenten mit längeren Laufzeiten nicht beobachten lassen.

Da die Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern aufgrund der hohen Komplexität der angewandten Bewertungsverfahren und -modelle in hohem Maße von Annahmen und Ermessensentscheidungen des Managements abhängig ist, haben wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis über die vom Management angewandten Prozesse zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten und die Ermittlung von nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren wesentlichen Eingangsparametern verschafft. Dazu zählt die Beurteilung der Angemessenheit und Wirksamkeit der diesbezüglich implementierten Kontrollen. Dies betraf insbesondere die Kontrollen im Rahmen der unabhängigen Preisverifizierung, der unabhängigen Validierung von Bewertungsmodellen, einschließlich der Beurteilung von Modellbeschränkungen, der Überwachung der verwendeten Bewertungsmodelle und der Berechnung von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts.

Wir haben die Bewertungsverfahren, -modelle und -methoden beurteilt und die wesentlichen Eingangsparameter, die in den Modellen verwendet wurden, nachvollzogen. Wir haben unter Verwendung eigener Modelle und Eingangsparameter eine unabhängige Bewertung einer Stichprobe von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Derivaten und sonstigen Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Parametern vorgenommen. Darüber hinaus erfolgte auf Stichprobenbasis eine unabhängige Beurteilung der Angemessenheit von verwendeten Schätzparametern durch einen Abgleich mit Marktdaten sowie die Beurteilung der Relevanz der verwendeten Schätzparameter für die zugehörigen Finanzinstrumente.

Weiterhin haben wir die vom Management zur Ermittlung der Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Methoden und Eingangsparameter auf Basis der Anforderungen des § 340e HGB beurteilt. Für stichprobenhaft ausgewählte Bewertungsanpassungen haben wir unter Verwendung unserer eigenen unabhängigen Daten und Methoden Nachberechnungen durchgeführt.

Wir haben bei unseren Prüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertungsmodelle, die unabhängige Bewertung und die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts interne Spezialisten mit besonderen Fachkenntnissen in der Bewertung von Finanzinstrumenten hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung von Finanzinstrumenten mit nicht in einem aktiven Markt beobachtbaren Eingangsparametern ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zu den Bewertungsverfahren, -modellen und -methoden für die Bemessung des beizulegenden Zeitwerts sind in den Abschnitten "Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden" und "Erläuterungen zur Bilanz – Handelsbestand" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

2. Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Das Management hat die Anforderungen gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 7 umgesetzt und bildet unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 eine Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird.

Die der modellbasierten Berechnung der Risikovorsorge für nicht ausgefallene Finanzinstrumente (Stufe 1 und Stufe 2 gemäß IFRS 9) zugrunde gelegte Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeiten basiert zum einen auf historischen Informationen. Zum anderen fließen aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen sowie zukunftsorientierte makroökonomische Prognosen (z.B. Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten) in das Berechnungsmodell ein. Das so ermittelte Basisszenario wird durch die Nutzung statistischer Methoden in unterschiedliche Szenarien überführt. Diese dienen als Grundlage für die Ableitung von Mehrjahreskurven für die Ausfallwahrscheinlichkeiten verschiedener Rating- und Kontrahentenklassen, die in die Berechnung der erwarteten Kreditverluste einfließen.

Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten hinsichtlich deutlicher Zinsänderungen, aktueller geopolitischer Konflikte sowie weiterer Ursachen für Volatilitäten, die sich auf die makroökonomischen Variablen auswirken, erfordert die Schätzung zukunftsgerichteter Informationen in erheblichem Maße Ermessensentscheidungen. Zur Berücksichtigung dieser Unsicherheiten muss das Management beurteilen, ob Anpassungen an den Eingangsparametern und Annahmen zur Einbeziehung makroökonomischer Variablen in das Modell zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste und an den Prognosemethoden entweder in Form einer Anpassung der makroökonomischen Variablen oder durch Management Overlays erforderlich sind.

Vor dem Hintergrund der signifikanten Bestände der nicht ausgefallenen Finanzinstrumente, die einer Wertminderung gemäß IFRS 9 unterliegen, sowie der wirtschaftlichen Unsicherheiten und der erheblichen Ermessensspielräume erachten wir die Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge, sowie etwaiger Anpassungen, als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der durch das Management implementierten Prozesse zur Auswahl, Ermittlung, Überwachung und Validierung zukunftsgerichteter Informationen verschafft und die Angemessenheit der diesbezüglich implementierten Kontrollen im Hinblick auf die Anforderungen des IFRS 9 beurteilt sowie deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben die Überprüfung des Modells zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste, der Prognoseverfahren sowie der Annahmen und Eingangsparameter im Rahmen des Validierungsprozesses durch das Management nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir die Methoden zur Einbeziehung der ausgewählten Variablen in das Basisszenario sowie die Ableitung der unterschiedlichen Szenarien nachvollzogen.

Die von der Bank verwendeten makroökonomischen Prognosen im Basisszenario haben wir mit makroökonomischen Prognosen aus externen Quellen verglichen.

Weiterhin haben wir die vom Management verwendete Methode zur Beurteilung, ob der Standardprozess zur Einbeziehung makroökonomischer Variablen oder die Modellergebnisse durch Management Overlays angepasst werden müssen, nachvollzogen. Hierbei haben wir die Ergebnisse der vom Management durchgeführten Sensitivitätsanalyse beurteilt und die dabei verwendeten makroökonomischen Variablen mit unserer eigenen Benchmarkanalyse verglichen. Zudem haben wir uns davon überzeugt, dass die erforderlichen Anpassungen entsprechend der Methodik des Managements in der Risikovorsorgeermittlung berücksichtigt wurden.

Für die Beurteilung der Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Kreditrisikomodellierung verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen hinsichtlich der Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zur Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen in die modellbasierte Ermittlung der Risikovorsorge sind in dem Abschnitt "Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

3. Erwartete Kreditverluste für ausgefallene Kredite im Bereich Commercial Real Estate in den USA

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Das Management hat die Anforderungen gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 7 umgesetzt und bildet unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 eine Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird. Die Identifizierung und Ermittlung der erwarteten Kreditverluste für ausgefallene Kredite ist verbunden mit verschiedenen Annahmen und Schätzungen zu Eingangsparametern, insbesondere hinsichtlich der Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Cashflows, einschließlich erwarteter Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten. Angesichts der Zunahme der ausgefallenen Kredite im Bereich CRE, der wirtschaftlichen Unsicherheiten und der erheblichen Ermessensspielräume erachten wir die erwarteten Kreditverluste (ECL) für ausgefallene Kredite im Bereich CRE, insbesondere für Gewerbeimmobilien in den USA, als einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der Prozesse zur Identifizierung und Ermittlung der Risikovorsorge für Kreditnehmer im Bereich CRE in den USA verschafft. Wir haben die Kontrollen zur Kreditrisikoklassifizierung auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft, die Anwendung der Ausfallkriterien sowie den Transfer in Stufe 3 gemäß IFRS 9 beurteilt und die Ermittlung der Risikovorsorge nachvollzogen.

Wir haben die vom Management verwendeten Kriterien zur Ermittlung von ausgefallenen Krediten nach IFRS 9 beurteilt.

Die Anwendung der Kriterien zur Identifizierung eines Ausfalls, die für den Stage-Transfer bei CRE-Krediten in den USA verwendet werden, haben wir stichprobenartig untersucht. Für Kredite der Stufe 3 haben wir die wesentlichen Annahmen bezüglich der erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Krediten nachvollzogen, indem wir den Sicherheitenwert, die Solvenz des Kreditnehmers sowie die öffentlich verfügbaren Markt- und Branchenprognosen beurteilt haben. Wir haben Informationen recherchiert und ausgewertet, welche die Prognosen und Annahmen des Managements untermauern oder widerlegen. Darüber hinaus haben wir die rechnerische Richtigkeit der jeweils ermittelten Risikovorsorge für ausgefallene Kredite nachvollzogen.

Wir haben interne Spezialisten hinzugezogen, um die Bewertung von Sicherheiten für CRE-Kredite in den USA stichprobenartig zu beurteilen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die erwarteten Kreditverluste für ausgefallene CRE-Kredite in den USA ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zum CRE-Kreditgeschäft der Bank sind im Abschnitt "Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden" des Anhangs zum Jahresabschluss sowie im Abschnitt "Gewerbeimmobilien" im Kapitel "Ausfallrisiko" (Schwerpunktbereiche im Jahr 2025) des Risikoberichts (im zusammengefassten Lagebericht) enthalten.

4. Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Zum 31. Dezember 2025 wies die Bank Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 32,7 Mrd. aus.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Ermittlung des beizulegenden Werts basiert auf einem Discounted-Cash-Flow Modell für das jeweilige verbundene Unternehmen. Diesbezüglich werden wesentliche Annahmen bezüglich der Ergebnisprognosen und der Eingangsparameter des Capital Asset Pricing Model getroffen, aus dem der Diskontierungssatz abgeleitet wird.

Da die Beurteilung der Werthaltigkeit von Anteilen an verbundenen Unternehmen in einem hohen Maße auf Ermessensentscheidungen in Bezug auf die Ergebnisprognosen und den Diskontierungssatz innerhalb des Discounted-Cash-Flow Modells beruht, ist dies ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis der Prozesse zur Erstellung der Ergebnisprognosen sowie zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen verschafft. Wir haben uns diesbezüglich auch ein Verständnis der vom Management implementierten Kontrollen in Bezug auf die Ergebnisprognosen und der Diskontierung verschafft und die Angemessenheit dieser Kontrollen beurteilt sowie deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben die Ergebnisprognosen mit besonderem Fokus auf Veränderungen der Annahmen im Vergleich zum Vorjahr analysiert. Hierzu haben wir die Ergebnisprognosen mit denen des Vorjahres und den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und etwaige wesentliche Abweichungen untersucht und die Konsistenz und Nachvollziehbarkeit der vom Management getroffenen Annahmen in Bezug auf die Ergebnisprognosen beurteilt, indem wir diese mit den externen Markterwartungen verglichen haben.

Weiterhin haben wir durch einen Abgleich nachvollzogen, ob der Diskontierungssatz innerhalb der Bandbreite extern verfügbarer Daten liegt. Für die Beurteilung der im Rahmen der Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen zugrunde gelegten, vorstehend beschriebenen Annahmen haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Unternehmensbewertung verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zur Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen sind in den Abschnitten "Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden" und "Erläuterungen zur Bilanz – Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

5. Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Zum 31. Dezember 2025 wies die Bank latente Steueransprüche in Höhe von EUR 4,8 Mrd. aus.

Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche basieren auf einer Einschätzung, inwieweit noch nicht genutzte steuerliche Verlustvträge und abzugsfähige temporäre Differenzen mit künftigen zu versteuernden Erträgen verrechnet werden können. Diese Einschätzung basiert insbesondere auf Annahmen über zukünftige Geschäftsergebnisse, welche auf dem verabschiedeten Unternehmensplan beruhen.

Aufgrund der bestehenden Ermessensspielräume bei der Einschätzung der künftigen zu versteuernden Einkommen sowie der Nutzbarkeit steuerlicher Verlustvträge sind Ansatz und Bewertung latenter Steueransprüche ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns ein Verständnis des Prozesses dahingehend verschafft, ob abzugsfähige temporäre Differenzen und noch nicht genutzte steuerliche Verlustvträge in unterschiedlichen Jurisdiktionen identifiziert und gemäß den steuerrechtlichen Regelungen und Vorschriften zur Bilanzierung latenter Steuern des § 274 HGB bewertet wurden, sowie die Angemessenheit der entsprechenden Kontrollen beurteilt und deren Wirksamkeit getestet.

Wir haben dabei die Annahmen und deren Zuordnung im verabschiedeten Unternehmensplan, der als Grundlage für die Schätzung der künftigen zu versteuernden Einkommen der relevanten Organgesellschaften und Steuergruppen dient, beurteilt.

Darüber hinaus haben wir die Aktivierung latenter Steueransprüche beurteilt, indem wir die wesentlichen Annahmen analysiert haben, die zur Schätzung künftiger zu versteuernder Einkommen getroffen wurden. Wir haben die im Rahmen der Ergebnisprognose verwendeten Schätzungen beurteilt, indem wir die zugrunde liegenden wesentlichen Annahmen mit extern verfügbaren historischen Daten und Prognosen verglichen haben. Wir haben die historische Planung mit den tatsächlichen Ergebnissen verglichen. Darüber hinaus haben wir die geschätzten künftigen steuerlichen Anpassungen beurteilt und Sensitivitätsanalysen bezüglich der zeitlichen Nutzbarkeit der entsprechenden latenten Steueransprüche durchgeführt.

Bei der Beurteilung der den latenten Steueransprüchen zugrunde liegenden Annahmen im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung haben wir unsere Steuerspezialisten sowie interne Spezialisten, die über besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Unternehmensbewertung verfügen, hinzugezogen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen den Ansatz und die Bewertung der latenten Steueransprüche ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Angaben zum Ansatz und zur Bewertung der latenten Steuern sind in den Abschnitten "Allgemeine Angaben – Grundlagen und Methoden" und "Erläuterungen zur Bilanz – Latente Steuern" des Anhangs zum Jahresabschluss enthalten.

6. IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung der Bank ist aufgrund der signifikanten Anzahl von Transaktionen, die täglich automatisiert verarbeitet werden, in hohem Maße von der Zuverlässigkeit und vom störungsfreien Betrieb der eingesetzten Informationstechnologie abhängig.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der zuverlässigen und kontinuierlichen Verarbeitung der Daten und der Tatsache, dass die IT-Kontrollen ein wesentlicher Bestandteil des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind, erachten wir das IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung der Bank als einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Angemessenheit der für die Rechnungslegung der Bank relevanten IT-Kontrollumgebung, inklusive der generellen und anwendungsbezogenen IT-Kontrollen, beurteilt. Unsere Prüfungshandlungen erstreckten sich auch auf unterjährige Änderungen der IT-Kontrollumgebung.

Des Weiteren haben wir die Wirksamkeit von fehlervermeidenden und fehleraufdeckenden generellen IT-Kontrollen in Bezug auf das Zugriffs- und Änderungsmanagement in verschiedenen IT-Anwendungen, Datenbanken und Betriebssystemen getestet. Zudem haben wir die IT-Anwendungskontrollen für die automatisierte Datenverarbeitung, Datenzulieferungen und Schnittstellen getestet. Unsere Prüfungshandlungen in Bezug auf das IT-Zugriffsmanagement umfassten insbesondere Prüfungen der Vergabe und des Entzugs von Zugriffsrechten, der privilegierten Zugriffsrechte, der periodischen Rezertifizierung von Zugriffsrechten, der systemseitigen Sicherheitseinstellungen und der Nutzerauthentifizierungskontrollen.

Hinsichtlich des IT-Änderungsmanagements umfassten unsere Prüfungshandlungen vor allem die Beurteilung, ob Änderungen in der Produktionsumgebung vor ihrer Umsetzung getestet und genehmigt wurden und ausschließlich von autorisierten Mitarbeitern durchgeführt werden konnten.

Bei der Beurteilung des IT-Zugriffs- und Änderungsmanagements in der Rechnungslegung der Bank haben wir interne Spezialisten hinzugezogen, die über besondere Fachkenntnisse in Bezug auf IT-Prüfungen verfügen.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen das IT-Zugriffs- und Änderungsmanagement in der Rechnungslegung der Bank ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Eine Beschreibung des internen Kontrollsystems in der Rechnungslegung findet sich im zusammengefassten Lagebericht im Abschnitt "Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung".

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen

- die oben genannte nichtfinanzielle Erklärung,
- den im Abschnitt "Grundsätze des Risikomanagements (Kapitel "Risikobericht")" des Lageberichts enthaltenen letzten Absatz zur Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter zum Risikomanagementrahmenwerk und internen Kontrollsystem,
- die auf der im Lagebericht angegebenen Internetseite veröffentlichte zusammengefasste "Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB",

ferner die folgenden weiteren, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- Versicherung der gesetzlichen Vertreter gemäß § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB i.V.m. § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB, aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen (Systemen), um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

- planen wir die Prüfung entsprechend einer Konzernabschlussprüfung, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, und führen sie durch, um ausreichende, geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der unselbständigen Niederlassungen innerhalb des Konzerns, wie in ISA [DE] 600 (Revised) definiert, einzuholen als Grundlage für die Bildung der Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchsicht der für Zwecke der Konzernabschlussprüfung durchgeführten Prüfungstätigkeiten. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Deutsche_Bank_AG_JA+LB_ESEF-2025-12-31.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als "ESEF-Unterlagen" bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat ("ESEF-Format") in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden "Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen" weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind. Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt. beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 3. Juli 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der Deutsche Bank Aktiengesellschaft tätig. Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Carsten Rothermel.

Eschborn/Frankfurt am Main, 9. März 2026

EY GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rothermel
Wirtschaftsprüfer

Schreiber
Wirtschaftsprüfer

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com